



Jahresbericht
Rapport annuel
Rapporto annuale

2006

Rekurskommission EVD
Commission de recours DFE
Commissione di ricorso DFE

Rekurskommission für Wettbewerbsfragen
Commission de recours pour les questions de concurrence
Commissione di ricorso in materia di concorrenza

Für Funktions- und Ämterbezeichnungen wird nachfolgend jeweils die männliche Form verwendet; diese gelten in gleicher Weise für Frauen und Männer.

La forme masculine sera utilisée ci-après indépendamment du fait que le titulaire soit une femme ou un homme.

Per la designazione delle funzioni e delle autorità verrà utilizzata qui di seguito la forma maschile; ciò è applicabile indistintamente sia per uomini che per donne.

<u>1 Rückblick.....</u>	<u>7</u>
<u>2 Finanzen.....</u>	<u>8</u>
2.1 Finanzen.....	8
<u>3 Rechtsprechung.....</u>	<u>8</u>
3.1 Rechtsprechung der REKO/EVD.....	8
3.1.1 Berufsbildung.....	8
3.1.2 Arbeitsbeschaffungsreserven.....	9
3.1.3 Zivildienst.....	9
3.1.4 Arbeitslosenversicherung.....	10
3.1.5 Direktzahlungen.....	11
3.1.6 Futtermittel.....	11
3.1.7 Milchkontingentierung.....	12
3.1.8 Geschützte Ursprungsbezeichnung.....	13
3.2 Rechtsprechung der REKO/WEF im Bereich Kartellrecht.....	14
<u>4 Statistik der REKO/EVD.....</u>	<u>17</u>
4.1 Geschäftslast.....	17
4.2 Entschiedene Geschäfte.....	17
4.3 Durchschnittliche Erledigungsdauer.....	18
4.4 Mündliche und öffentliche Verhandlungen.....	18
4.5 Kosten und Entschädigungen.....	18
4.6 Entscheide, aufgeteilt nach Vorinstanzen.....	19
<u>5 Statistik der REKO/WEF.....</u>	<u>20</u>
5.1 Geschäftslast.....	20
5.2 Entschiedene Geschäfte.....	20
5.3 Durchschnittliche Erledigungsdauer.....	21
5.4 Mündliche und öffentliche Verhandlungen.....	21
5.5 Kosten und Entschädigungen.....	21
5.6 Entscheide, aufgeteilt nach Vorinstanzen.....	22

1 Rétrospective.....	24
2 Administration.....	25
2.1 Finances.....	25
3 Jurisprudence.....	25
3.1 Jurisprudence de la REKO/EVD.....	25
3.1.1 Formation professionnelle.....	25
3.1.2 Réserves de crise.....	26
3.1.3 Service civil.....	26
3.1.4 Assurance-chômage.....	27
3.1.5 Paiements directs.....	28
3.1.6 Fourrage.....	29
3.1.7 Contingentement laitier / taxes pour livraisons excédentaires.....	30
3.1.8 Appellation d'origine contrôlée.....	30
3.2 Jurisprudence de la REKO/WEF dans le domaine des cartels.....	32
4 Statistiques de la REKO/EVD.....	35
4.1 Volume d'affaires.....	35
4.2 Nombre d'affaires liquidées.....	35
4.3 Durée moyenne en jours nécessaire au règlement d'une affaire.....	36
4.4 Débats publics.....	36
4.5 Frais prélevés et dépens octroyés.....	36
4.6 Décisions selon les autorités intimées.....	37
5 Statistiques de la REKO/WEF.....	38
5.1 Volume d'affaires.....	38
5.2 Nombre d'affaires liquidées.....	39
5.3 Durée moyenne en jours nécessaire au règlement d'une affaire.....	40
5.4 Débats publics.....	40
5.5 Frais prélevés et dépens octroyés.....	40
5.6 Décisions selon les autorités intimées.....	41

1	Retrospettiva.....	42
2	Finanze.....	43
	2.1 Finanze.....	43
3	Giurisprudenza.....	43
	3.1 Giurisprudenza della REKO/EVD.....	43
	3.1.1 Formazione professionale.....	43
	3.1.2 Riserve di crisi	44
	3.1.3 Servizio civile.....	44
	3.1.4 Assicurazione contro la disoccupazione.....	45
	3.1.5 Pagamenti diretti.....	46
	3.1.6 Alimenti per animali.....	47
	3.1.7 Contingentamento lattiero.....	48
	3.1.8 Denominazione d'origine.....	48
	3.2 Giurisprudenza della REKO/WEF in materia di diritto dei cartelli.....	49
4	Statistiche della REKO/EVD.....	53
	4.1 Volume delle pratiche.....	53
	4.2 Pratiche evase.....	53
	4.3 Durata media dell'evasione.....	54
	4.4 Dibattimenti orali e pubblici.....	54
	4.5 Spese e indennizzi.....	54
	4.6 Pratiche evase, ripartite secondo l'autorità inferiore.....	55
5	Statistiche della REKO/WEF.....	56
	5.1 Volume delle pratiche.....	56
	5.2 Pratiche evase.....	57
	5.3 Durata media dell'evasione.....	57
	5.4 Dibattimenti orali e pubblici.....	58
	5.5 Spese e indennizzi.....	58
	5.6 Pratiche evase, ripartite secondo l'autorità inferiore.....	58

Jahresbericht 2006

1 Rückblick

Das Bundesverwaltungsgericht hat seine Tätigkeit anfangs Januar 2007 aufgenommen und ist ab diesem Zeitpunkt unter anderem für die Rechtsgebiete zuständig, mit welchen sich bis anhin die Rekurskommission EVD und die Rekurskommission für Wettbewerbsfragen, welche Ende des Jahres 2006 aufgelöst wurden, befasst haben. Nachdem im Jahre 2005 bereits die Richter des Bundesverwaltungsgerichts gewählt und diverse Kaderstellen des Generalsekretariats besetzt wurden, galt es im Berichtsjahr die Gerichtsschreiber, das Kanzleipersonal sowie das weitere Personal für das Generalsekretariat zu rekrutieren. Die während des Rekrutierungsprozesses herrschende Ungewissheit hinsichtlich der beruflichen Zukunft legte sich, nachdem im Juni 2006 die Anstellungen durch das Bundesverwaltungsgericht bekannt wurden. Mit grosser Zufriedenheit konnte zur Kenntnis genommen werden, dass fast alle Mitarbeitenden der Rekurskommissionen EVD und WEF eine neue Anstellung am Bundesverwaltungsgericht gefunden hatten.

Trotz der erwähnten Unsicherheiten haben die Mitarbeiter der beiden Rekurskommissionen ihre Aufgaben sorgfältig und rasch erfüllt. Im Jahre 2006 hat die Rekurskommission EVD 267 Beschwerden entschieden. Diese Erledigungsrate liegt im Durchschnitt der vergangenen Jahre und kam zustande, obwohl die Rekurskommission EVD nicht im Vollbestand der Kräfte (infolge mehrerer vorzeitiger Übertritte an das Bundesverwaltungsgericht und Mitarbeit in diversen Arbeitsgruppen usw.) war. Der Umstand, dass ebenfalls die Anzahl der Beschwerdeeingänge (263) durchschnittlich ausfiel, erlaubte es der Rekurskommission EVD, das Jahr mit einem Total von 128 zu beenden. Die Rekurskommission für Wettbewerbsfragen hat mit 15 im Berichtsjahr entschiedenen Beschwerden eine im Vergleich zum Durchschnitt der Vorjahre höhere Erledigungsrate zu verzeichnen. Es verbleibt ihr Ende des Jahres noch 1 hängiges Verfahren.

Mit Blick auf die Anzahl der noch hängigen Verfahren kann festgestellt werden, dass das Ende des Jahres 2005 erklärte Ziel, Ende 2006 möglichst wenige Fälle an das Bundesverwaltungsgericht übertragen zu müssen, vollauf erreicht wurde. Damit sollte der operative Start des neu geschaffenen Bundesverwaltungsgerichts reibungslos erfolgen können.

2 Finanzen

2.1 Finanzen

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Ausgaben, budgetiert	3'700'700	4'669'500	4'855'100	4'940'520 ¹	4'970'103 ²	4'960'505	4'953'500
Einnahmen, budgetiert	110'000	110'000	112'000	100'000	100'200	100'200	100'200
Ausgaben, effektiv	3'473'330	4'050'170	4'465'043	4'539'191	4'514'156	4'519'934	4'037'928
Einnahmen, effektiv	92'139	63'238	66'452	79'897	68'101	98'558	82'077
Forderungen, ausstehend	1'075	142	2'611	717	751	855	280
Forderungen, abgetreten	3'643	622	1'345	241	146	426	146

3 Rechtsprechung

3.1 Rechtsprechung der REKO/EVD

3.1.1 Berufsbildung

Die mehrheitliche Lehre und Praxis gehen davon aus, dass die Noten der einzelnen Fächer in der Regel nur Begründungselemente darstellen, die letztlich zur Gesamtbeurteilung führen. Anfechtungsobjekt kann nur das Prüfungsergebnis als solches sein; Einzelnoten können grundsätzlich nicht selbstständig mittels Beschwerde angefochten werden. Diese Grundregel gilt indessen nicht ausnahmslos. Einzelne Noten können dann ein selbstständiges Anfechtungsobjekt bilden, wenn an ihre Höhe bestimmte Rechtsfolgen geknüpft sind, beispielsweise die Möglichkeit, bestimmte zusätzliche Kurse oder Weiterbildungen zu absolvieren oder besondere Qualifikationen zu erwerben, oder wenn sich die Noten später als Erfahrungsnoten in weiteren Prüfungen auswirken.

Kann eine Einzelnote in diesem Sinn selbstständig angefochten werden, so folgt daraus, dass sie auch selbstständig in Rechtskraft erwächst, wenn die Anfechtung unterbleibt. Die Anfechtung von Erfahrungsnoten und Noten abschliessender Fächer, die für das Schlussergebnis (Maturitätszeugnis, Lehrpatent) mitzählen, muss daher unmittelbar nach deren Bekanntgabe erfolgen; eine Anfechtung erst mit dem Endresultat ist nicht mehr möglich³.

¹ Budgetkürzungen berücksichtigt

² inkl. Sozialausgaben

³ JC/2004-4

3.1.2 Arbeitsbeschaffungsreserven

Das Unternehmen, das eine Einlage in die Reserven vornimmt, muss innert sechs Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres, in dem die Reserven verbucht worden sind, den entsprechenden Betrag dem Bund oder auf ein Sperrkonto einer Bank überweisen. Auf begründetes Gesuch hin, kann das Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) die Frist um höchstens sechs Monate verlängern¹.

Das Gesetz und die Materialien liefern keine Information über die Natur dieser Frist, auch nicht über die Tragweite, das Ziel und den Sinn der erwähnten Verordnungsbestimmung. Indem erwähnt wird, dass der Betrag jährlich zu überweisen ist, gibt das Gesetz einen Hinweis in dem Sinne, dass die Einzahlung spätestens am 31. Dezember des Jahres getätigt werden muss, welches dem Abschluss des Geschäftsjahres folgt. Eine Auslegung der fraglichen Bestimmung erlaubt anzunehmen, dass es sich hier um eine einfache Ordnungsfrist und nicht um eine Verwirkungsfrist handelt. Ist die Verlängerung einer Verwirkungsfrist grundsätzlich nicht möglich, wird eine solche bei einer einfachen Ordnungsfrist zugelassen. Darüber hinaus hätte der Gesetzgeber, handelte es sich bei der fraglichen Frist tatsächlich um eine Verwirkungsfrist, nicht eine Verlängerungsmöglichkeit vorgesehen, welche es den Gestellenden Unternehmen erlauben würde, innert einer Frist von einem Jahr die vom Gesetz vorgesehene jährliche Zahlung zu tätigen. Schliesslich droht die fragliche Bestimmung auch nicht an, dass die nach Ablauf der Frist unterbreiteten Gesuche abgelehnt würden. Eine solche Androhung weisen üblicherweise Bestimmungen auf, die eine Verwirkungsfrist vorsehen².

3.1.3 Zivildienst

Die Vollzugsstelle für den Zivildienst kann einzelne Betriebe von der Abgabepflicht für den Einsatz von zivildienstleistenden Personen ausnehmen. Die Vollzugsstelle hat jedoch – von einigen Anwendungsfällen im Rahmen von Artikel 96 Absatz 1 Buchstabe b und c der Zivildienstverordnung³ ausgenommen – bis anhin noch keine Einsatzbetriebe von ihrer Abgabepflicht befreit, in dem sie das Vorliegen eines besonderen Interesses im Sinne von Artikel 46 Absatz 3 des Zivildienstgesetzes⁴ bejaht hätte. Obwohl die Vollzugsstelle in ihrer Begründung, wenn auch zu unrecht⁵, das besondere Interesse alleine unter Heranziehung der erwähnten Bestimmung der Zivildienstverordnung und insbesondere dessen Buchstabe a definiert, spricht nichts gegen den Entscheid, grundsätzlich von der individuellen Befreiungsmöglichkeit abzusehen. Denn bereits der Entscheid, ob überhaupt eine Abgabe zu erheben ist, wird dem Entschliessungsermessen der Vollzugsstelle anheim gestellt. Beschliesst die Vollzugsstelle, generell auf die Abgabenbefreiung von einzelnen Einsatzbetrieben im Bereich des Sozialwesens zu verzichten, ist dies solange zulässig, als sich keine Anhaltspunkte einer rechtsungleichen oder im Ergebnis willkürlichen Praxis ergeben⁶.

¹ SR 823.331: Art. 4 Abs. 1

² MD/2006-1

³ SR 824.01

⁴ SR 824.0

⁵ 5B/2004-8

⁶ 5B/2005-1

Die Zivildienstverordnung sieht in Artikel 37 Absatz 5 vor, dass die zivildienstpflichtige Person, die im Rahmen eines langen Einsatzes 90 Tage oder länger ununterbrochen Dienst leistet, diesen vorrangig in einem Schwerpunktprogramm, im Ausland oder bei der Vollzugsstelle leistet. Gemäss Kommentar zur Änderung der Zivildienstverordnung vom 5. Dezember 2003 kann nur derjenige von der Teilnahme an einem Schwerpunktprogramm dispensiert werden, der einen langen Auslandseinsatz oder einen Einsatz bei der Vollzugsstelle vor sich hat, oder natürlich wer untauglich ist oder gesundheitliche Probleme hat. Der erwähnte Kommentar stimmt mit dem Sinn und Zweck der Gesetzgebung im Bereich des Zivildienstes überein. Ausnahmen bezüglich der Leistung eines langen Einsatzes im Rahmen von Schwerpunktprogrammen sind zurückhaltend anzunehmen, wie dies auch das Wort "vorrangig" in der Verordnungsbestimmung nahelegt. Wäre dies nicht der Fall, würde die Vollzugsstelle riskieren, ihren im öffentlichen Interesse liegenden Auftrag, Schwerpunktprogramme innert nützlicher Frist zu beenden und so die Effizienz des Zivildienstes zu steigern, nicht erfüllen zu können¹.

3.1.4 Arbeitslosenversicherung

Arbeitnehmer, deren normale Arbeitszeit verkürzt oder deren Arbeit ganz eingestellt ist, haben bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen Anspruch auf Kurzarbeitsentschädigung². Der Arbeitsausfall wegen eines Schadenereignisses ist nicht anrechenbar, solange er durch eine private Versicherung gedeckt ist. Hat sich ein Arbeitgeber gegen einen solchen Arbeitsausfall nicht versichert, obwohl dies möglich gewesen wäre, so ist der Arbeitsausfall frühestens nach Ablauf der für das einzelne Arbeitsverhältnis geltenden Kündigungsfrist anrechenbar³. Missachtet das kantonale Arbeitsamt in einem Gesuchsverfahren den Ablauf der Kündigungsfrist und bewilligt die Kurzarbeitsentschädigung, so wendet es die Weisung des seco AM/ALV-Praxis 2000/4 "Arbeitsausfälle infolge aussergewöhnlicher Naturereignisse" rechtsfehlerhaft an. Durch diese mangelhafte Erfüllung seiner Aufgaben hat das kantonale Arbeitsamt dem Bund einen Schaden verursacht. Das Verhalten des kantonalen Arbeitsamts ist als grobfahrlässig einzustufen, da es die rechtlich gebotenen Handlungen zur richtigen Abklärung der Anspruchsvoraussetzungen nicht sorgfältig gemacht hat. Dies umso mehr, als es sich dabei um die Anwendung einer klar umschriebenen Verordnungsbestimmung und einer Weisung handelte.

Mit dem Einwand, die Weisung des seco sei nicht einfach zu verstehen, vermag das kantonale Arbeitsamt nicht durchzudringen, denn diese konkretisiert lediglich die Bestimmung der Arbeitslosenversicherungsverordnung und in dieser Bestimmung wird der Ablauf der Kündigungsfrist für die Anrechenbarkeit der Arbeitsausfälle explizit vorausgesetzt. Zudem wäre es dem kantonalen Arbeitsamt unbenommen gewesen, sich bei Unklarheiten nochmals an das seco zu wenden. Dass und weshalb es dem kantonalen Arbeitsamt in der Folge nicht möglich war, den Schaden durch geeignete Massnahmen (rechtzeitige Wiedererwägung der Verfügung betreffend Bewilligung der Kurzarbeitsentschädigung, Verhinderung der Aus-

¹ 5C/2005-42

² SR 837.0: Art. 31

³ SR 837.02: Art. 51 Abs. 4: Diese Bestimmung stimmt inhaltlich mit Ziffer 2 der Weisung AM/ALV-Praxis 2000/4 "Arbeitsausfälle infolge aussergewöhnlicher Naturereignisse" überein.

zahlung durch die kantonale Arbeitslosenkasse) zu verhindern oder zu vermindern, spielt nach dem Gesagten grundsätzlich keine ausschlaggebende Rolle mehr¹.

3.1.5 Direktzahlungen

In Bezug auf die Vermögensgrenze für die Direktzahlungen sieht das Landwirtschaftsgesetz² ausdrücklich vor, dass auf das steuerbare Vermögen abzustellen ist. Während für die Bemessung des steuerbaren Einkommens auf ein für die ganze Schweiz einheitliches System abgestellt werden kann³, gibt es in Bezug auf das "steuerbare" Vermögen keine andere Möglichkeit, als auf die jeweiligen kantonalen Steuergesetze zurückzugreifen, denn das Gesetz über die direkte Bundessteuer kennt keine Vermögenssteuer. Diese Auslegung nach dem Wortlaut wird auch durch die historische Auslegungsmethode bestätigt: Im Parlament wurde die Frage der Einführung einer Vermögensgrenze bereits zu Beginn der Neunzigerjahre diskutiert. Damals wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass für das Vermögen ein einheitlicher schweizerischer Massstab fehle, so dass eine offensichtliche Rechtsungleichheit eingeführt würde⁴. Auch wenn diese Diskussionen vor den eigentlichen Debatten zum neuen Landwirtschaftsgesetz stattfanden, ist davon auszugehen, dass der Gesetzgeber bewusst und in Kenntnis der damit verbundenen Problematik beschlossen hatte, auf das steuerbare Vermögen gemäss dem kantonalen Steuerrecht abzustellen. Mit welchem Wert die in der Bauzone liegenden, aber landwirtschaftlich bewirtschafteten Parzellen an das steuerbare Vermögen anzurechnen sind, ist eine Frage, die durch die kantonale Steuerveranlagung rechtskräftig entschieden ist. Dieser Entscheid ist für das Verfahren um Direktzahlungen verbindlich⁵.

Gemäss dem vom Bundesamt für Landwirtschaft erarbeiteten Sanktionsschema vom 2. Juni 2002, wird ein Betrieb beim dritten vollständigen oder teilweisen Verstoss gegen dieselben Vorschriften innerhalb von drei Jahren, von den allgemeinen Direktzahlungen und den Ökobeiträgen ausgeschlossen, sofern ihm mindestens 110 Sanktionspunkte auferlegt wurden. Bei Sanktionen im Zusammenhang mit dem Tierschutz ist es gerechtfertigt, sich auf die Bestimmungen der Tierschutzverordnung⁶ zu beziehen, um die Erfordernisse zu definieren. Im zu überprüfenden Fall hat der Kantonstierarzt in seinen Inspektionsrapporten mindesten drei Verstösse gegen die Artikel 3 und 4 (Tierhaltungsvorschriften) der Tierschutzverordnung festgestellt. Damit ist nach Sanktionsschema das Erfordernis des mehrfachen Verstosses innerhalb von drei Jahren erfüllt⁷.

3.1.6 Futtermittel

Bei der Zulassung von neuen Silierungszusätzen durch das Bundesamt für Landwirtschaft ist der Nachweis zu erbringen, dass nicht nur keine schädlichen Auswirkungen vom zuzulassenden Mittel ausgehen, sondern auch eine bestimmte Wirkung erzielt wird⁸. Dabei sind ins-

¹ MC/2006-5

² SR 910.1: Art. 70 Abs. 5 Bst. f

³ SR 642.11

⁴ Amtl. Bull., Ständerat [S] 1992 S. 767, 772

⁵ JG/2004-10

⁶ SR 455.1

⁷ JG/2004-9

⁸ SR 916.307: Art. 12

besondere die festgelegten Grenzwerte nicht zu überschreiten. Besondere Bedeutung bei der Wirksamkeitsprüfung von Siliermitteln kommt in der Unterscheidung in Bezug auf den Einsatzzweck zu. Dabei wird sowohl bereits bei der Gesuchseinreichung als auch im Prüfverfahren zwischen dem Einsatz von Silierungszusätzen zum Zweck der Verbesserung des Gärverlaufes (Hauptgärung) auf der einen und zur Verbesserung der aeroben Stabilität (Nachgärung) auf der anderen Seite unterschieden. Ergebnisse aus Versuchen mit dem Ziel einer verbesserten Nachgärung können deshalb nicht herangezogen werden, um die Wirksamkeit eines Mittels für die verbesserte Hauptgärung zu untermauern. Dies gilt insbesondere auch dann, wenn der Wirkstoff in Bezug auf die Nachgärung bereits im Rahmen eines früheren Bewilligungsverfahrens zugelassen worden ist¹.

Zwar haben die Behörden nicht nachgewiesen, dass die Verfütterung von Futterhanf unannehmbare Nebenwirkungen habe oder insbesondere die produzierte Milch die Anforderungen der Lebensmittelgesetzgebung nicht mehr erfülle. Ein derartiger Nachweis ist aber auch nicht nötig, denn im konkreten Fall muss nicht entschieden werden, ob das Bundesamt befugt wäre, im Rahmen der Futtermittel-Verordnung² ein allgemeines Verbot der Verfütterung von Futterhanf zu erlassen. Vielmehr geht es nur um die Frage, ob die Behörden die Verfütterung von Hanf an Milchkühe verbieten dürfen. Aufgrund der Delegationsnorm von Artikel 10 des Landwirtschaftsgesetzes³ hat der Bundesrat die Befugnis, Qualitätsvorschriften⁴ zu erlassen, soweit dies für den Export der Milchprodukte erforderlich ist. Auch wenn gewisse Bevölkerungskreise eine positive oder zumindest tolerante Einstellung gegenüber der Kultivierung von Hanf und dem Konsum von Hanfprodukten an den Tag legen, stehen andere, zahlenmässig nicht unbeträchtliche Gruppen dieser Thematik eindeutig negativ gegenüber. Dies gilt insbesondere in Bezug auf allenfalls THC-haltige Milchprodukte, welche auch von Kindern konsumiert werden. Die Annahme, dass der Absatz von schweizerischen Milchprodukten im Ausland beeinträchtigt werden könnte, wenn in schweizerischer Milch auch nur Spuren von THC festgestellt würden, ist daher nachvollziehbar. Unter diesen Umständen erweist sich das Verbot der Verfütterung von Hanf an Milchkühe als gesetzes- und verfassungskonform⁵.

3.1.7 Milchkontingentierung

Gemäss der Verordnung über den Ausstieg aus der Milchkontingentierung⁶ entscheidet das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) darüber, welche Produzentinnen und Produzenten von der Milchkontingentierung ausgenommen werden. Die Administrationsstellen Milchkontingentierung stellen den Entscheid dem Produzenten lediglich zu. Mit dem an die Administrationsstelle gerichteten Verbot, den „Kontingentsmieter“ – der sich weigert das Kontingent vertragsgemäss zurück zu übertragen und stattdessen auf den Kündigungszeitpunkt aus der

¹ 6S/2005-1

² SR 916.307

³ SR 910.1

⁴ SR 916.351; SR 916.351.021.1, AS 1999 1930, 2000 2707, 2003 343, 2004 4093

⁵ 9G/2005-1

⁶ SR 916.350.4: Art. 19 Abs. 1

Milchkontingentierung aussteigen will – aus der Kontingentierung zu entlassen, greift die Regionale Rekurskommission in ein Verfahren ein, für das erstinstanzlich nicht die Administrationsstelle, sondern das BLW zuständig ist. Die von ihr angeordnete vorsorgliche Massnahme erscheint deshalb bereits aus formellrechtlichen Gründen als verfehlt.

Aufgrund der seit dem Jahr 1999 in Kraft stehenden Milchkontingentierungsverordnung¹ war es bisher nicht auszuschliessen, dass sich ein Kontingentsinhaber, obwohl zivilrechtlich dazu verpflichtet, weigerte, ein Gesuch um Rückübertragung des nicht endgültig übertragenen Kontingents einzureichen. Es ist kein Grund ersichtlich, dass die geltende Milchkontingentsordnung aufgrund der neu eingeführten (vorzeitigen) Ausstiegsmöglichkeit aus der Kontingentierung, abweichend von ihrem Wortlaut zu interpretieren wäre. Sowohl nach der Milchkontingentsordnung als auch vor dem Hintergrund der (vorzeitigen) Ausstiegsmöglichkeit hat der Kontingentsinhaber, der sich vertragswidrig verhält, damit zu rechnen, dass seine Zustimmung zur Kontingentsrückübertragung zivilrechtlich erzwungen wird oder gegen ihn erfolgreich zivilrechtliche Haftungsansprüche des Kontingentsabgebers geltend gemacht werden².

3.1.8 Geschützte Ursprungsbezeichnung

Die Rekurskommission EVD trat auf die Beschwerden der ausländischen Beschwerdeführenden gegen den Einspracheentscheid des Bundesamts für Landwirtschaft betreffend Eintragung der Bezeichnung "Emmentaler" als geschützte Ursprungsbezeichnung ins eidgenössische GUB/GGA-Register aus folgenden Gründen nicht ein: Keiner der Beschwerdeführenden konnte nachweisen, dass er beziehungsweise - im Falle der Beschwerde führenden Verbände - die Mehrheit oder eine grosse Anzahl der Mitglieder "Emmentaler"-Käse in die Schweiz exportieren. Eine allfällige zukünftige Aufnahme der Exporttätigkeit in die Schweiz reicht zur Begründung der Beschwerdelegitimation nicht aus. Die Beschwerdelegitimation ist auch nicht auf Grund internationaler Verträge und Abkommen - so etwa des Stresa-Übereinkommens³ oder der bilateralen Staatsverträge über Herkunftsbezeichnungen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland⁴ oder der Französischen Republik⁵ - zu bejahen, da die staatsvertragskonforme Verwendung der Bezeichnung "Emmentaler" durch Produzenten mit Sitz in einem Staat, welcher mit der Schweiz einen derartigen Staatsvertrag abgeschlossen hat, in diesem Staat durch die Unterschutzstellung von "Emmentaler" in der Schweiz nicht berührt wird⁶.

Die Rekurskommission EVD hatte sich im Zusammenhang mit Beschwerden gegen den Eintrag der Bezeichnung "Raclette" ins eidgenössische GUB/GGA-Register insbesondere mit der Frage zu befassen, ob "Raclette" in Alleinstellung eine traditionelle Bezeichnung für einen Walliser Käse sei. Unter einer traditionellen Bezeichnung im Sinne der GUB/GGA-Verordnung⁷ sind Herkunftsangaben zu verstehen, die sich - ohne direkten Bezug auf einen geo-

¹ SR 916.350.1

² 8B/2006-8

³ SR 0.817.142.1

⁴ SR 0.232.111.191.36

⁵ SR 0.232.111.193.49

⁶ 6I/2004-2

⁷ SR 910.12: Art. 2 Abs. 2

graphischen Ort oder eine geographische Gegend - dank langjährigen redlichen Gebrauchs als indirekter Hinweis auf ein bestimmtes geographisches Gebiet etablieren konnten. Nach Berücksichtigung zahlreicher insbesondere von den um Schutz der Bezeichnung ersuchenden ins Recht gelegte schriftliche Quellen, kam die Rekurskommission EVD zum Schluss, "Raclette" stehe zwar traditionellerweise für ein aus dem Wallis stammendes Gericht, eine Mahlzeit, sich aus den Akten aber ergebe, dass der für die Herstellung dieses Gerichts verwendete Käse nicht mit "Raclette", sondern mit "Walliser Käse", "Raclettekäse", "Walliser Raclettekäse" oder viel mehr mit einzelnen Namen wie "Bagnes" oder "Conches" bezeichnet worden sei. "Raclette" werde erst seit jüngerer Zeit zur Bezeichnung von Raclettekäse verwendet. Der Begriff "Raclette" könne somit nicht als traditionelle Bezeichnung für Walliser Käse betrachtet werden. Auch aus den durchgeführten Meinungsumfragen ergebe sich nichts, aus dem sich schliessen liesse, dass "Raclette" im Publikum als traditionelle Bezeichnung für einen aus dem Wallis stammenden Käse aufgefasst würde. Folglich kann "Raclette" in Alleinstellung nicht als traditionelle Bezeichnung für einen Walliser Käse ins eidgenössische GUB/GGA-Register eingetragen werden¹.

3.2 Rechtsprechung der REKO/WEF im Bereich Kartellrecht

Verfügt die Wettbewerbskommission nach Prüfung eines Unternehmenszusammenschlusses Auflagen oder Bedingungen und haben diese für die am Vorhaben Beteiligten weit reichende Konsequenzen, verlangt der Anspruch auf rechtliches Gehör gemäss Bundesverfassung² und Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren³, dass die Behörde den beteiligten Unternehmen die wesentlichen Verfügungselemente vorgängig mitteilt und ihnen Gelegenheit zur Stellungnahme bietet. Die Zustellung des Antrags auf Eröffnung einer vertieften Prüfung kann die vorgängige Information nicht ersetzen, wenn sich dieser Antrag nur mit einem Teil der Voraussetzungen eines Eingriffs im Rahmen der Strukturkontrolle befasst und ihm nicht zu entnehmen ist, dass die Wettbewerbskommission das Vorhaben untersagen oder nur unter Auflagen oder Bedingungen zulassen wird. Auflagen und Bedingungen dürfen nicht einseitig verfügt, sondern müssen mit den am Vorhaben beteiligten Unternehmen in einem dialogischen Prozess erarbeitet werden. Verfährt die Behörde – übrigens in Abweichung von ihrer eigenen Praxis – nicht entsprechend, verletzt sie den Anspruch auf rechtliches Gehör.

Der relevante Markt ist aus der Sicht der Marktgegenseite abzugrenzen. Elektrizitäts- und Industriewerke fragen das Produkt „Strom“ und die Transportdienstleistung „Verteilung“ nach. Der Markt für Stromübertragung ist daher nicht aus ihrer Sicht abzugrenzen. Die gegenteilige Auffassung der Wettbewerbsbehörde führt zur Abgrenzung eines mehrere Märkte (Übertragung, Verteilung) umfassenden sachlichen Marktes, was mit einschlägigen Vorschriften im Widerspruch steht. Der vom Zusammenschlussvorhaben betroffene Markt für Stromübertragung ist aus der Sicht derjenigen Unternehmen abzugrenzen, die effektiv Nach-

¹ 61/2003-3, -7, -23, -29, -30, -33, -37, -39; diese Verfahren wurden an das Bundesgericht weiter gezogen und sind zur Zeit noch hängig.

² SR 101: Art. 25 Abs. 2

³ SR 172.021: Art. 29

frager dieser Dienstleistung sind. Haben diese aktuell und potenziell bereits vor dem Zusammenschluss keine Ausweichmöglichkeiten, begründet oder verstärkt das Vorhaben keine marktbeherrschende Stellung, durch die wirksamer Wettbewerb beseitigt werden kann. Bei der Prüfung der Verbesserungen, die sich durch ein Vorhaben auf anderen Märkten ergeben können, ist nicht nur auf die Verhältnisse bei der Stromversorgung abzustellen, und das Vorhaben muss für die Verbesserungen kausal sein. Verbesserungen, die sich erst durch die Auflagen ergeben, sind nicht zu berücksichtigen. Bei der Abwägung der Vor- und Nachteile eines Zusammenschlussvorhabens dürfen keine negativen Verhaltensprognosen gestellt werden; die Zusammenschlusskontrolle umfasst nur Aspekte der Struktur. Problematische Verhaltensweisen bilden Gegenstand der Verhaltenskontrolle.

Auflagen und Bedingungen müssen verhältnismässig sein; soweit verfügte Auflagen die bereits von den beteiligten Unternehmen getroffenen Massnahmen überschreiten, ist dies nicht der Fall, wenn das Zusätzliche mit Blick auf das angestrebte Ziel weder geeignet noch erforderlich ist. Die Strukturkontrolle legitimiert keine Verhaltensregulierung *ex ante*. Auflagen, die auf eine generelle Öffnung des Elektrizitätsmarktes zielen, sind dem Gesetzgeber vorbehalten¹.

Die Wettbewerbskommission ist grundsätzlich auch dann befugt, das Bestehen einer marktbeherrschenden Stellung eines Unternehmens verfügungsweise festzustellen, wenn sich die untersuchte Verhaltensweise als kartellrechtlich unbedenklich erweist. Die Grundlage einer solchen Verfügung bildet nicht Artikel 30 Absatz 1 des Kartellgesetzes², sondern Artikel 25 Absatz 1 des Bundesgesetzes über das Verwaltungsverfahren³ (Befugnis der Behörde, auf Begehren oder von Amtes wegen eine Feststellungsverfügung zu treffen), sofern dies durch ein spezifisches öffentliches Interesse gerechtfertigt ist (analog Art. 25 Abs. 2 VwVG). Ein solches Interesse ist sowohl hinsichtlich der Strukturkontrolle (potenziell problematische Zusammenschlussvorhaben werden gestützt auf die erweiterte Meldepflicht gemäss Art. 9 Abs. 4 KG der Kontrolle durch die Wettbewerbsbehörde zugeführt) wie auch hinsichtlich der Verhaltenskontrolle (unnötige Verfahren können verhindert werden, wenn den Marktteilnehmern die bis auf weiteres eingeschränkten Handlungsbefugnisse des beherrschenden Unternehmens bekannt sind) zu bejahen. Allerdings hat sich die Wettbewerbsbehörde angesichts der Auswirkungen einer solchen Feststellungsverfügung an das Gleichbehandlungsgebot zu halten. Sie verletzt dieses, wenn sie eine beherrschende Stellung zwar dann feststellt, wenn sich eine untersuchte Verhaltensweise als unbedenklich erweist, nicht aber dann, wenn die untersuchten Unternehmen eine sich als unzulässig herausstellende Verhaltensweise im Lauf der Untersuchung einseitig oder gestützt auf eine einvernehmliche Regelung anpassen. Eine zulässige unterschiedliche Behandlung setzt unterschiedliche tatsächliche Verhältnisse voraus; solche liegen nicht vor, wenn die Behörde marktbeherrschende Unternehmen mit zulässigen Verhaltensweisen ungünstiger behandelt als „reumütige“ marktbeherrschende Unternehmen, die sich auf problematische oder unzulässige Weise verhalten haben. Besteht ein öffentliches Interesse an der Feststellung einer beherrschenden Stellung, ist dieses in allen Fällen gleichermassen zu verfolgen. Die Wettbewerbsbehörde wird mit Blick auf ihre künftige Praxis klare Kriterien dazu formulieren. Das Vorgehen darf nicht von Zufälligkeiten wie etwa davon abhängig sein, in welcher Reihenfolge die sich stellenden materiellrechtlichen

¹ FB/2005-5; dieses Verfahren wurde an das Bundesgericht weiter gezogen und ist zur Zeit noch hängig.

² SR 251

³ SR 172.021

Fragen geprüft werden und in welchem Verfahrensstadium es zufolge Verhaltensanpassungen zur Einstellung einer Untersuchung kommt¹.

Die Rekurskommission für Wettbewerbsfragen erkannte im Zusammenhang mit einem Fusionskontrollverfahren, dass eine Beteiligung der Berner Zeitung AG (Konzerntochter der Espace Media Groupe) an der Pendlerzeitung "20 Minuten" - mit der Auflage, dass der "Anzeiger Region Bern" inskünftig nicht von der Espace Media Groupe kontrolliert werden dürfe - auf den leser- wie auch werbeseitig relevanten Märkten wirksamen Wettbewerb nicht beseitige².

Bundesrätliche Verordnungen aus dem Bereich des Umweltschutzrechts sind im Kartellverwaltungsbeschwerdeverfahren der akzessorischen Normenkontrolle nicht zugänglich, wenn die angefochtene Verfügung ausschliesslich gestützt auf das Kartellgesetz ergangen ist. Auf ein Rechtsbegehren, diese Verordnungen seien auf Rechtmässigkeit zu überprüfen, kann nicht eingetreten werden (unzulässiger Beschwerdegrund). Ebenso wenig kann auf das Begehren eingetreten werden, bestimmte, von der Vorinstanz nicht untersuchte Vereinbarungen seien zu untersagen; ein Anfechtungsobjekt liegt insofern nicht vor. Ein Anspruch auf Durchführung einer Untersuchung über bestimmte Verhaltensweisen besteht nicht; das Gegenteil kann auch auf dem Beschwerdeweg nicht erreicht werden. Die Beschwerdebefugnis Dritter, die nicht Verfügungsadressaten sind, ergibt sich nicht aus der Parteieigenschaft im erstinstanzlichen Verfahren³; massgeblich ist vielmehr Artikel 48 des Bundesgesetzes über das Verwaltungsverfahren⁴. Im Kartellverwaltungsrecht wird nebst den allgemeinen Elementen eine hinreichend konkretisierte, erhebliche Wettbewerbsbehinderung gefordert. Der Beschwerdeführer muss substantiieren, inwiefern sich eine andere Beurteilung der Wettbewerbsbeschränkungen auf seine Stellung im Wettbewerb auswirken kann⁵.

Im Zusammenhang über die Preisbildung im Buchhandel hat die Rekurskommission für Wettbewerbsfragen erkannt, dass der Sammelrevers eine erhebliche Wettbewerbsabrede im Sinne des Kartellgesetzes⁶ darstellt und sich nicht aus Gründen der wirtschaftlichen Effizienz⁷ rechtfertigen lässt. Die REKO/WEF schützte die von der Wettbewerbskommission auf Anweisung des Bundesgerichts⁸ hin vorgenommene Prüfung der wirtschaftlichen Effizienz des Sammelrevers, aus welcher sich ergab, dass kein Rechtfertigungsgrund im Sinne von Artikel 5 Absatz 2 des Kartellgesetzes vorliegt⁹.

¹ FB/2005-2

² FB/2004-4; dieser Entscheid wurde an das Bundesgericht weiter gezogen und ist noch hängig.

³ vgl. RPW 2004/3, S. 897

⁴ SR 172.021

⁵ FB/2005-6; dieser Entscheid wurde an das Bundesgericht weitergezogen und ist noch hängig.

⁶ SR 251: Art. 5 Abs. 1

⁷ SR 251: Art. 5 Abs. 2

⁸ Der Sammelrevers war bereits 1998 Gegenstand einer Untersuchung über die Preisbindung im Buchhandel für deutschsprachige Bücher. Mit Verfügung vom 6. September 1999 erachtete die Wettbewerbskommission den Sammelrevers als eine unzulässige Wettbewerbsabrede gemäss Artikel 5 Absatz 1 und Absatz 3 Buchstabe a KG. Die hiergegen bei der REKO/WEF erhobenen Verwaltungsbeschwerden wies diese am 21. Mai 2001 ab, soweit darauf einzutreten sei. Mit Urteil vom 14. August 2002 hiess das Bundesgericht die gegen den Entscheid der REKO/WEF erhobenen Verwaltungsgerichtsbeschwerden teilweise gut, hob diese auf und wies die Sache zur neuen Beurteilung im Sinne der Erwägungen an die Wettbewerbskommission zurück, insbesondere damit diese prüfe, ob der Sammelrevers aus Gründen der wirtschaftlichen Effizienz als gerechtfertigt erscheine

⁹ FB/2005-4; dieser Entscheid wurde an das Bundesgericht weiter gezogen und ist noch hängig.

4 Statistik der REKO/EVD

4.1 Geschäftslast

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Hängig Beginn Berichtsjahr	233	261	251	216	205 ¹	257	132
Eingänge	359	284	397	282	467	226	263
Ausgänge	331	294	432	287	415	351	267
Hängig Ende Berichtsjahr	261	251	216	211	257	132	128

4.2 Entschiedene Geschäfte

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Verfahrensart							
Revisionsgesuche	3	0	2	2	1	0	0
Beschwerden	327	294	428	284	414	351	267
Schiedsgerichtsverfahren	1	0	2	1	0	0	0
Art der Erledigung							
Abweisung	114	100	125	134	147	146	87
Gutheissung	70	50	108	44	76	53	24
Teilweise Gutheissung	0	0	10	15	17	19	18
Nichteintreten	42	20	21	11	6	12	19
Nichteintreten mangels Kostenvorschuss	0	0	1	8	21	9	13
Nichteintreten mangels Zuständigkeit	0	0	0	2	1	5	4
Nichteintreten mangels Legitimation	0	0	0	0	4	15	0
Abschreibung	8	11	17	7	5	6	10
Abschreibung infolge Rückzug	64	54	84	50	77	45	60
Abschreibung infolge Wiedererwägung Vorinstanz	26	42	14	11	40	30	22
Abschreibung formlos	7	17	52	4	20	9	10
Kostenauferlegung	0	0	0	1	1	2	0
Besetzung							
Entscheide Einzelrichter	54	51	20	61 ²	146	80	101
Entscheide in Dreierbesetzung	200	172	274	225	269	270	165
Entscheide in Fünferbesetzung	6	0	2	1	0	1	1
Sprache							
Deutsch	219	210	354	188	287	244	184
Französisch	95	64	68	89	111	86	67
Italienisch	17	20	10	10	17	21	16

¹ diese Zahlen können sich infolge Vereinigung oder Trennung von Geschäften nachträglich ändern

² diese Zahl enthält ab 2003 auch die einzelrichterlichen Prozessurteile

Weiterzug							
Entscheide, endgültig	261	229	340	159	253	191	114
Entscheide, nicht weitergezogen	61	52	76	120	147	148	136
Entscheide, weitergezogen	9	13 ¹	16	8	15	13	17
– hängig	0	0	0	0	0	0	11
– abgewiesen	5	11	7	5	11	8	4
– gutgeheissen	1	1	4	1	2	2	1
– nicht eingetreten	1	1	2	1	1	3	1
– abgeschrieben	2	0	3	0	0	0	0
– Rückzug formlos	0	0	0	1	1	0	0
– andere	0	0	0	0	0	0	0

4.3 Durchschnittliche Erledigungsdauer

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Ab Eingang Rechtsschrift, Tage	242	245	248	255	194	238	201
Ab Abschluss Schriftenwechsel, Tage	176	183	178	181	152	180	155

4.4 Mündliche und öffentliche Verhandlungen

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
vom Präsidenten angeordnet	57	97	106	105	80	98	84
Verzicht der Parteien	35	63	54	64	41	74	51
Durchgeführt	22	34	52	41	39	24	33

4.5 Kosten und Entschädigungen

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Entscheide mit Kostenauflegung	106	84	90	107	88	122	85
Gesamtkosten Fr.	82'153	51'577	65'885	79'188	65'821	86'848	67'321
Durchschnittliche Kosten Fr.	775	614	732	740	748	712	792
Entscheide mit Entschädigung	22	28	37	45	36	48	27
Gesamtentschädigung Fr.	43'208	79'976	72'690	46'447	70'014	78'454	62'450
Durchschnittliche Entschädigung Fr.	1'964	2'856	1'965	1'032	1'945	1'634	2'313

¹ davon betreffen neun den gleichen Sachverhalt (Zollkontingentsanteile für die Einfuhr von Fleisch)

4.6 Entscheide, aufgeteilt nach Vorinstanzen

	Vorjahr	Total	Abweisung	Gutheissung	Nichteintreten	Abschreibung	Rückzug	Wieder-erwägung	Abschreibung formlos	Kosten-auflegung
Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT)	120	78	26	6	11	3	24	4	4	0
- Berufsbildung	59	47	9	3	5	3	23	2	2	0
- Berufsprüfungen	60	27	17	2	4	0	0	2	2	0
- Subventionen Berufsbildung	1	3	0	1	1	0	1	0	0	0
- IKT-Subventionen Schulen	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Bundesamt für Landwirtschaft (BLW)	38	34	7	11	11	0	4	0	1	0
- Allgemeines	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
- Zertifizierung / Pflanzenschutz	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- Käse	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- Forschungsanstalten	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0
- Produktionslenkung Milch	4	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- Einfuhr Agrarprodukte	3	8	2	2	2	0	1	0	1	0
- Abgrenzung der Zonen	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Bundesamt für Veterinärwesen (BVET)	6	10	1	0	0	1	3	5	0	0
- Fleischhygiene/Schlachten	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0
- Ein- und Ausfuhr	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- Artenschutz	3	8	0	0	0	0	3	5	0	0
- Qualitätssicherung	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Bundesamt für Wohnungswesen (BWO)	4	3	1	0	0	0	2	0	0	0
- Wohnverhältnisse Berggebiet	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- Wohnbau / Eigentumsförderung	3	3	1	0	0	0	2	0	0	0
Kantone	17	24	8	5	6	0	2	1	2	0
- Allgemeines	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0
- Landwirtschaftliche Pacht	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- Ursprungsbezeichnungen	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0
- Berufsbildung	3	4	1	0	1	0	1	0	1	0
- Direktzahlungen	9	13	6	4	2	0	0	1	0	0
- Landwirtschaftliche Begriffe	3	2	1	0	0	0	1	0	0	0
- Landwirtschaftliche Beiträge	0	2	0	1	1	0	0	0	0	0
- Fleischhygiene / Schlachten	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0
- Tierschutz	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Milchkontingentierung	4	18	2	4	1	0	10	0	1	0
- Milchkontingentierung Tal	3	17	2	4	0	0	10	0	1	0
- Überlieferungsabgabe	1	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Produktionskataster	3	1	1	0	0	0	0	0	0	0
- Abgrenzung der Zonen	3	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Staatssekretariat für Wirtschaft (seco)	58	40	15	6	3	4	8	3	1	0
- Allgemeines	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0
- Arbeit: Arbeitsbedingungen	20	10	1	0	1	4	3	1	0	0
- Arbeitsmarkt / Arbeitslosenversicherung	33	27	14	5	1	0	5	2	0	0
- Wirtschaftspolitik / Standortförderung	4	2	0	1	1	0	0	0	0	0
- Aussenwirtschaft	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zivildienst	97	56	26	10	3	2	5	9	1	0
- Einsatzbetriebe	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
- Zivildienst	95	55	25	10	3	2	5	9	1	0
Eidgenössische Berufsmaturitätskommission	4	3	0	0	1	0	2	0	0	0
- Eidgenössische Berufsmaturität	4	3	0	0	1	0	2	0	0	0

5 Statistik der REKO/WEF

5.1 Geschäftslast

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Hängig Beginn Berichtsjahr	9	8	10	9	12	12	7
Eingänge	5	9	5	18	13	9	9
Ausgänge	6	7	6	15	13	14	15
Hängig Ende Berichtsjahr	8	10	9	12	12	7	1

5.2 Entschiedene Geschäfte

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Verfahrensart							
Revisionsgesuche	0	0	0	0	0	0	0
Beschwerden	6	7	6	15	13	14	15
Schiedsgerichtsverfahren	0	0	0	0	0	0	0
Art der Erledigung							
Abweisung	2	3	4	5	3	0	3
Gutheissung	2	2	0	1	1	2	3
Teilweise Gutheissung	0	0	0	3	2	10	1
Nichteintreten	1	1	0	2	2	0	1
Nichteintreten mangels Kostenvorschuss	0	0	0	0	0	1	0
Nichteintreten mangels Zuständigkeit	0	0	0	0	0	0	0
Nichteintreten mangels Legitimation	0	0	0	0	0	0	1
Abschreibung	1	1	2	2	4	1	0
Abschreibung infolge Rückzug	0	0	0	1	0	0	1
Abschreibung infolge Wiedererwägung Vorinstanz	0	0	0	0	0	0	0
Abschreibung formlos	0	0	0	0	0	0	0
Kostenauflegung	0	0	0	1	1	0	5
Besetzung							
Entscheide Einzelrichter	0	0	0	1 ¹	3	1	1
Entscheide in Dreierbesetzung	6	7	6	14	10	13	14
Entscheide in Fünferbesetzung	0	0	0	0	0	0	0
Sprache							
Deutsch	4	6	3	13	10	14	15
Französisch	2	1	3	2	3	0	0
Italienisch	0	0	0	0	0	0	0
Weiterzug							
Entscheide, endgültig	0	0	0	0	0	0	0
Entscheide, nicht weitergezogen	4	3	4	11	11	5	10
Entscheide, weitergezogen	2	4	2	4	2	9	6
– hängig	0	0	0	0	0	0	4
– abgewiesen	0	0	1	3	1	0	1
– gutgeheissen	2	4	1	1	1	5	0
– nicht eingetreten	0	0	0	0	0	0	0
– abgeschrieben	0	0	0	0	0	4	1

¹ diese Zahl enthält ab 2003 auch die einzelrichterlichen Prozessurteile

5.3 Durchschnittliche Erledigungsdauer

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
ab Eingang Rechtsschrift, Tage	257	306	336	316	293	391	263
ab Abschluss Schriftenwechsel, Tage	195	237	258	274	266	334	214

5.4 Mündliche und öffentliche Verhandlungen

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
vom Präsidenten angeordnet	1	3	2	2	1	2	0
Verzicht der Parteien	0	1	1	1	1	2	0
Durchgeführt	1	2	1	1	0	0	0

5.5 Kosten und Entschädigungen

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Entscheide mit Kostenauflegung	3	5	6	12	8	8	12
Gesamtkosten Fr.	3'007	12'370	11'482	18'398	16'985	18'182	27'951
Durchschnittliche Kosten Fr.	1'002	2'473	1'914	1'533	2'123	2'273	2'329
Entscheide mit Entschädigung	2	3	2	10	6	6	7
Gesamtentschädigung Fr.	5'500	12'465	22'000	21'800	21'000	89'500	175'300
Durchschnittliche Entschädigung Fr.	2'750	4'155	11'000	2'180	3'500	14'917	25'043
Aufwand Stunden total ¹	289	213	346	379	431	1'026	924
Sitzungstage total ¹	6	1	4	7	0	1	0

¹ nur nebenamtliche Richter

5.6 Entscheide, aufgeteilt nach Vorinstanzen

	Vorjahr	Total	Abweisung	Gutheissung	Nichteintreten	Abschreibung	Rückzug	Wieder-erwägung	Abschreibung formlos	Kosten-auflegung
Wettbewerbskommission (WEKO)	14	15	3	4	2	0	1	0	0	5
– Kartelle	14	15	3	4	2	0	1	0	0	5

Frauenkappelen, 12. Februar 2007

REKURSKOMMISSIONEN
 EVD + WETTBEWERBSFRAGEN
 Der Präsident:
 Urech

1 Rétrospective

Le Tribunal administratif fédéral a débuté ses activités en 2007 et est, à partir de cette date, compétent pour connaître des domaines juridiques qui jusqu'alors étaient de la compétence de la Commission de recours DFE et de la Commission de recours pour les questions de concurrence, lesquelles ont été dissoutes à fin 2006. Après l'élection des juges du Tribunal administratif fédéral et des principaux cadres du secrétariat général en 2005, les greffiers, le personnel de chancellerie et le reste du personnel ont été recrutés à leur tour en 2006. L'incertitude liée à l'avenir professionnel durant la phase de recrutement s'est calmée, une fois que les engagements par le Tribunal administratif fédéral ont été connus en juin 2006. C'est avec une grande satisfaction que l'on a pu constater que presque tous les collaborateurs des Commissions de recours DFE et WEF ont trouvé un nouvel emploi auprès du Tribunal administratif fédéral.

Malgré les incertitudes évoquées ci-dessus, les collaborateurs et collaboratrices des deux commissions de recours ont accompli leurs tâches avec soin et célérité. En 2006, la Commission de recours DFE a en effet pu liquider 267 recours, ce qui est dans la moyenne des années précédentes et ce malgré qu'elle n'a pas pu bénéficier de tous ses effectifs (en raison de plusieurs entrées anticipées au Tribunal administratif fédéral, de la participation de collaborateurs à différents groupes de travail, etc.). Le fait que le nombre des recours entrant (263) a en moyenne baissé au cours de l'année 2006 a permis à la Commission de recours DFE de terminer l'année avec un total de 128 recours pendants. La Commission de recours pour les questions de concurrence a pu, quant à elle, liquider 15 recours, ce qui constitue une moyenne supérieure à celle des années précédentes, et terminer l'année avec une affaire pendante.

Au vu de la situation enregistrée en fin d'année pour les affaires pendantes, on peut constater que l'objectif fixé en fin 2005, consistant à transférer au Tribunal administratif fédéral le moins d'affaires possible a été pleinement réalisé. De cette façon, le début des activités du nouveau Tribunal administratif fédéral devrait s'en trouver largement facilité.

2 Administration

2.1 Finances

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Dépenses budgétisées	3'700'700	4'669'500	4'855'100	4'940'520 ¹	4'970'103 ²	4'960'505	4'953'500
Recettes budgétisées	110'000	110'000	112'000	100'000	100'200	100'200	100'200
Dépenses effectives	3'473'330	4'050'170	4'465'043	4'539'191	4'514'156	4'519'934	4'037'928
Recettes effectives	92'139	63'238	66'452	79'897	68'101	98'558	82'077
Créances non recouvrées	1'075	142	2'611	717	751	855	280
Créances cédées pour recouvrement	3'643	622	1'345	241	146	426	146

3 Jurisprudence

3.1 Jurisprudence de la REKO/EVD

3.1.1 Formation professionnelle

La majorité de la doctrine et de la jurisprudence considère que les notes des différentes branches ne constituent en règle générale que des éléments de la motivation qui conduisent en définitive à l'appréciation générale sur la réussite ou non de l'examen. L'objet de la procédure ne peut ainsi être que le résultat de l'examen en lui-même et des notes individuelles ne sont en principe pas séparément attaquables par la voie du recours. Cette règle générale est cependant sujette à exceptions. Certaines notes peuvent faire séparément l'objet d'un recours lorsque certaines conséquences juridiques sont attachées à leur niveau; par exemple, lorsque la possibilité d'accomplir certains cours supplémentaires, une formation complémentaire ou encore d'acquérir des qualifications particulières dépend du niveau de la note obtenue. C'est également le cas lorsque les notes en question sont destinées à compter comme notes d'expérience dans de futurs examens.

Une note individuelle pouvant à ces conditions être attaquée séparément, il s'ensuit qu'elle acquiert force de chose jugée de manière autonome, lorsqu'elle n'est pas attaquée. De telles notes, qu'il s'agisse de notes d'expérience ou de notes de branche déjà accomplies, qui comptent pour le résultat final de l'examen (certificat de maturité, brevet d'enseignement)

¹ en tenant compte des restrictions budgétaires

² charges sociales incluses

doivent en conséquence être attaquées dès qu'elles ont été communiquées. Il n'est plus possible de les attaquer conjointement avec le résultat final de l'examen.¹

3.1.2 Réserves de crise

L'entreprise qui souhaite alimenter les réserves de crise doit effectuer les versements en question à la Confédération ou sur un compte bloqué dans les six mois qui suivent le terme de l'exercice comptable durant lequel il est comptabilisé; sur requête motivée, le seco peut prolonger ce délai de six mois au maximum². La loi et les travaux préparatoires ne donnent aucune information sur la nature du délai, ni non plus sur la portée, le but et le sens de l'article 4 OCRC. Toutefois, en mentionnant que le montant est versé annuellement, la loi donne une indication, en ce sens que le versement doit être effectué au plus tard au 31 décembre de l'année qui suit le bouclage de l'exercice comptable. Selon la Commission de recours DFE, l'analyse de la disposition en question permet d'admettre que l'on est en présence d'un simple délai d'ordre. En effet, alors qu'un délai de péremption ne souffre, en principe, aucune prolongation, on l'admet lorsqu'il s'agit d'un simple délai d'ordre. De plus, s'il s'agissait vraiment d'un délai de péremption, le législateur n'aurait pas prévu une prolongation d'une durée aussi longue qui permet en fait aux entreprises qui en font la demande de disposer d'un délai d'une année pour effectuer le versement annuel prévu par la loi. Enfin, la disposition incriminée ne précise pas explicitement que les demandes présentées après l'échéance du délai seront refusées, alors que cette indication figure généralement dans les dispositions qui prévoient un délai de péremption. La Commission de recours DFE a par conséquent jugé que l'interprétation de la disposition en question permet clairement d'aboutir à la conclusion qu'il ne s'agit pas d'un délai de péremption, mais d'un simple délai d'ordre.³

3.1.3 Service civil

L'Organe d'exécution du service civil peut libérer certains établissements d'affectation de l'obligation de verser des contributions pour l'engagement de personnes astreintes au service civil. A l'exception de certains cas d'application relevant de l'article 96 alinéa 1 lettres b et c de l'ordonnance sur le service civil⁴, l'Organe d'exécution n'a jusqu'ici libéré aucun établissement d'affectation de son obligation de verser des contributions au motif que la collaboration de l'établissement en question revêtirait un intérêt particulier pour l'exécution du service civil au sens de l'article 46 alinéa 3 de la loi sur le service civil⁵. Bien que, dans ses motifs, l'Organe d'exécution définit à tort⁶ la notion d'intérêt particulier en se référant uniquement à la disposition précitée de l'ordonnance sur le service civil, et en particulier à la lettre a de cette disposition, la décision de principe consistant à renoncer à libérer un établissement

¹ JC/2004-4

² RS 823.331: art. 4 al. 1

³ MD/2006-1

⁴ RS 824.01

⁵ RS 824.0

⁶ 5B/2004-8

d'affectation de manière individuelle n'apparaît pas critiquable. La décision de savoir si une contribution doit être perçue ou non est en effet laissée à l'appréciation de l'Organe d'exécution. Sa décision consistant à renoncer, de manière générale, à libérer les établissements d'affectation relevant du domaine social de l'obligation de s'acquitter d'une contribution apparaît ainsi admissible, du moins aussi longtemps qu'il n'existe aucun indice d'une inégalité de traitement entre établissements ou d'une pratique arbitraire dans son résultat.¹

L'article 37 alinéa 5 OSCi prévoit que la personne astreinte au service civil, dont l'affectation longue dure 90 jours au total ou plus sans interruption, accomplit cette affectation en priorité dans un programme prioritaire, à l'étranger ou auprès de l'Organe d'exécution. Selon le commentaire concernant la modification de l'OSCi du 5 décembre 2003, seul peut être dispensé de la participation à un programme prioritaire celui qui entend accomplir une affectation longue à l'étranger ou auprès de l'Organe d'exécution, ou celui qui est à l'évidence inapte ou confronté à des problèmes de santé. Le commentaire concernant la modification de l'OSCi est conforme au sens et au but de la législation en matière de service civil. Les exceptions pour effectuer une période longue dans un programme prioritaire doivent être interprétées de manière restrictive, comme cela ressort de l'expression "en priorité", faute de quoi l'Organe d'exécution risquerait de ne pas pouvoir accomplir sa tâche d'intérêt public, consistant à mener à terme les programmes prioritaires pour augmenter l'efficacité du service civil.²

3.1.4 Assurance-chômage

Les travailleurs dont la durée normale du travail est réduite ou l'activité suspendue ont droit à l'indemnité en cas de réduction de l'horaire de travail lorsque certaines conditions sont réunies³. La perte de travail consécutive à la survenance d'un dommage n'est pas prise en considération lorsqu'elle est couverte par une assurance privée. Si l'employeur ne s'est pas assuré contre une telle perte de travail, bien que cela eût été possible, la perte de travail n'est prise en considération qu'à l'expiration du délai de résiliation applicable au contrat de travail individuel⁴. Si, lorsqu'il est saisi d'une demande d'indemnisation, l'Office cantonal du travail omet de prendre en compte l'expiration du délai de résiliation et autorise le versement d'indemnités pour chômage partiel, il applique de manière erronée la directive du seco AM/ALV-Praxis 2000/4 "Perte de travail consécutive à des dégâts causés par des forces extraordinaires de la nature". Ce faisant, l'Office cantonal du travail cause un dommage à la Confédération. Un tel comportement doit être qualifié de négligence grave dans la mesure où l'Office cantonal du travail n'a pas entrepris de manière soigneuse les recherches juridiques qui s'imposaient pour déterminer les conditions du droit à l'indemnisation. Cela d'autant plus

¹ 5B/2005-1

² 5C/2005-42

³ RS 837.0: art. 31

⁴ RS 837.02: art. 51 al. 4: cette disposition correspond, quant à son contenu, au chiffre 2 de la directive AM/ALV-Praxis 2000/4 "pertes de travail consécutive à des dégâts causés par des forces extraordinaires de la nature."

en l'espèce qu'il s'agissait de l'application d'une disposition claire de l'ordonnance et d'une directive.

L'objection selon laquelle la directive du seco n'était pas facile à comprendre ne convainc pas. La directive en question concrétise simplement la disposition contenue dans l'ordonnance sur l'assurance-chômage, laquelle subordonne explicitement la perte de travail à prendre en compte à l'expiration du délai de résiliation. A cela s'ajoute que, en cas de doute, l'Office cantonal du travail aurait eu la possibilité de s'adresser directement au seco. Au regard de cette réglementation claire, les raisons pour lesquelles l'Office cantonal du travail n'a par la suite pas été en mesure d'empêcher la survenance du dommage ou d'en réduire son ampleur par des mesures adaptées (réexamen en temps utile de la décision portant autorisation de l'indemnité pour travail partiel; blocage du versement des indemnités par la caisse cantonale de chômage) apparaissent sans pertinence.¹

3.1.5 Paiements directs

S'agissant de la limite de fortune pour le versement des paiements directs, la loi sur l'agriculture² prévoit expressément qu'il convient de se fonder sur la fortune imposable. Alors que le calcul du revenu imposable peut se fonder sur un système applicable dans toute la Suisse³, il n'y a pas d'autre possibilité, s'agissant de la fortune imposable, que de se fonder sur les législations fiscales cantonales, dès lors que la loi sur l'impôt fédéral direct ne connaît pas l'impôt sur la fortune. L'interprétation littérale de même que l'interprétation historique le confirment: la question de l'introduction de la limite de fortune a déjà été discutée au Parlement au début des années 90. A cette occasion, il a été expressément rappelé qu'il n'existe aucune réglementation fédérale uniforme s'agissant de la fortune et que le risque d'inégalité de traitement manifeste existait⁴. Même si ces délibérations se sont déroulées antérieurement aux débats portant sur la nouvelle loi sur l'agriculture, il y a lieu d'admettre que c'est en connaissance de cause et en ayant conscience de la problématique posée que le législateur a décidé de s'appuyer sur le droit fiscal cantonal pour déterminer la fortune imposable. La valeur qu'il convient d'attribuer au titre de la fortune imposable à des parcelles situées en zone à construire, mais qui sont exploitées à des fins agricoles, est déterminée par la taxation fiscale cantonale définitive. Cette taxation lie les autorités chargées de la procédure des paiements directs.⁵

Selon le dispositif de sanctions du 2 juin 2002 élaboré par l'Office fédéral de l'agriculture, l'entreprise est exclue des paiements directs généraux et des contributions écologiques à la troisième inobservation partielle ou totale de la même exigence sur une période de trois ans, et pour autant qu'une sanction de 110 points venait à lui être infligée. Dans le cadre des

¹ MC/2006-5

² RS 910.1: art. 70 al. 5 let. f

³ RS 642.11

⁴ BO CE 1992 p. 767, 772

⁵ JG/2004-10

sanctions inhérentes à la protection des animaux, il apparaît justifié de se référer aux diverses dispositions contenues dans l'ordonnance sur la protection des animaux¹ (OPAn) pour définir le concept d'«exigence». Dans le cas examiné dans les décisions du vétérinaire cantonal (rapport d'inspection), il apparaît que l'infraction aux articles 3 et 4 OPAn a été constatée au moins trois fois; la définition de l'infraction répétée dans une période de trois ans comme prévue dans le dispositif de sanctions est par conséquent réalisée.²

3.1.6 Fourrage

Dans la procédure d'autorisation de nouveaux agents conservateurs d'ensilage par l'Office fédéral de l'agriculture, il convient d'apporter la preuve qu'ils n'ont non seulement aucun effet dommageable, mais encore qu'ils produisent un certain effet³. Dans ce contexte, les valeurs limites fixées ne doivent pas être dépassées. Dans le cadre de l'examen de l'efficacité de produit d'ensilage, la distinction touche au but de la mise en oeuvre de l'additif. A cet égard, tant au niveau de l'introduction de la demande que dans la procédure d'examen, on distingue entre l'utilisation d'additif d'ensilage dans le but, d'une part, d'améliorer le déroulement de la fermentation (fermentation principale) et, d'autre part, d'améliorer la stabilité aérobie (fermentation secondaire). Les résultats provenant d'essais ayant pour but d'améliorer la fermentation secondaire ne peuvent donc pas être utilisés pour étayer l'argument de l'efficacité d'un produit en vue d'améliorer la fermentation principale. Ceci vaut en particulier aussi lorsqu'un additif a déjà été autorisé en relation avec la fermentation secondaire dans le cadre d'une procédure d'autorisation précédente.⁴

Il est vrai que les autorités n'ont pas apporté la preuve que l'affouragement de chanvre entraîne des effets secondaires inacceptables ou, en particulier, que le lait produit dans ces conditions ne remplirait plus les conditions de la législation sur les denrées alimentaires. Une telle preuve n'est toutefois pas nécessaire dès lors que, dans le cas d'espèce, il ne s'agit pas de décider si l'Office fédéral serait habilité à prononcer une interdiction générale de l'affouragement de chanvre dans le cadre de l'ordonnance sur les aliments pour animaux⁵. Il s'agit ici bien plus de la question de savoir si les autorités peuvent interdire l'affouragement de chanvre à des vaches laitières. Compte tenu de la délégation de compétence figurant à l'article 10 de la loi sur l'agriculture⁶, le Conseil fédéral peut adopter des dispositions relatives à la qualité des produits⁷, dans la mesure nécessaire à l'exportation des produits laitiers. Même si une certaine partie de la population adopte une attitude positive ou tout au moins tolérante vis-à-vis de la culture du chanvre et de la consommation de produits à base de chanvre, il n'en reste pas moins qu'une autre partie de la population, dont le nombre ne doit pas être sous-estimé, adopte une attitude fondamentalement négative à cet égard. C'est

¹ RS 455.1

² JG/2004-9

³ RS 916.307: art. 12

⁴ 6S/2005-1

⁵ RS 916.307

⁶ RS 910.1

⁷ RS 916.351.0, RS 916.351.021.1, RO 1999 1930, 2000 2707, 2003 343, 2004 4093

en particulier le cas en relation avec l'éventuelle teneur en THC des produits laitiers qui sont également consommés par les enfants. Dans ces conditions, le fait de soutenir que l'écoulement de produits laitiers suisses à l'étranger pourrait être compromis si l'on devait constater la présence de simples traces de THC dans le lait d'origine suisse apparaît ainsi compréhensible. Dans ces conditions, l'interdiction de l'affouragement des vaches laitières avec du chanvre apparaît conforme tant à la loi qu'à la Constitution.¹

3.1.7 Contingentement laitier / taxes pour livraisons excédentaires

Selon l'ordonnance sur l'exemption du contingentement laitier, l'Office fédéral de l'agriculture décide quels producteurs seront exemptés du contingentement². Les services administratifs chargés du contingentement laitier ne font que transmettre la décision y relative au producteur en interdisant à un service administratif d'exempter du contingentement du lait un producteur qui, contrairement à ce que prévoit le contrat, refuse de restituer un contingent à son propriétaire et entend, au moment de la résiliation du contrat, sortir du contingentement du lait. La Commission régionale de recours intervient dans une procédure qui, en première instance, relève de l'Office fédéral de l'agriculture et non du service administratif. Pour des motifs formels, la mesure provisionnelle ordonnée dans ce sens par la Commission régionale de recours apparaît ainsi erronée.

Sur la base de l'ordonnance concernant le contingentement de la production laitière³, en vigueur depuis 1999, il n'était pas exclu qu'un titulaire de contingent, bien qu'il y fut civilement tenu, refuse de déposer une demande tendant à la restitution à son propriétaire d'un contingent qui n'avait pas été transféré de manière définitive. On ne voit aucun motif qui pourrait justifier d'interpréter l'ordonnance sur le contingentement laitier contrairement à sa lettre, à la suite de l'introduction de la possibilité de sortir (de manière anticipée) du système du contingentement du lait. Tant sous l'angle de la réglementation du contingentement du lait que dans le cas d'une sortie anticipée de ce système, le titulaire d'un contingent qui se comporte d'une manière contraire à ce que prévoit le contrat doit s'attendre à être contraint civilement de donner son accord à une restitution du contingent ou à devoir payer des dommages et intérêts à celui qui a cédé le contingent.⁴

3.1.8 Appellation d'origine contrôlée

La Commission de recours DFE a déclaré irrecevables les recours formés par des recourants étrangers contre la décision sur opposition de l'Office fédéral de l'agriculture concernant l'enregistrement de la désignation "Emmental" comme appellation d'origine protégée dans le registre fédéral des AOP/IGP pour les raisons suivantes: aucun des recourants n'a pu appor-

¹ 9G/2005-1

² RS 916.350.4: art. 19 al. 1

³ RS 916.350.1

⁴ 8B/2006-8

ter la preuve que lui-même - respectivement la majorité ou un grand nombre des membres des associations recourantes - n'exportait du fromage "Emmental" vers la Suisse. Un éventuel futur début d'une activité d'exportation vers la Suisse ne suffit pas non plus à fonder la qualité pour recourir. Dite qualité ne peut pas non plus être déduite des traités et accords internationaux tels que la Convention de Stresa¹ ou les traités bilatéraux sur la protection des indications de provenance conclus entre la Confédération suisse et la République fédérale d'Allemagne² ou la République française³. L'utilisation conforme au traité de la désignation "Emmental" par des producteurs domiciliés dans un Etat avec lequel la Suisse a conclu un pareil traité n'est en effet pas touchée, dans cet Etat, par la protection accordée à "Emmental".⁴

Lorsqu'elle a été amenée à traiter les recours formés contre l'inscription de la désignation "Raclette" dans le registre fédéral des AOP/IGP, la Commission de recours DFE a en particulier été confrontée à la question de savoir si "Raclette" utilisé seul constituait une désignation traditionnelle pour un fromage valaisan. Au sens de l'ordonnance sur les AOP/IGP⁵, on entend par dénomination traditionnelle une indication de provenance qui ne fait pas directement référence à un lieu ou une région géographique, mais qui, par un usage pratiqué pendant de nombreuses années, est perçu comme une référence indirecte à un lieu géographique. Après examen des nombreuses sources écrites versées au dossier notamment par les parties à la procédure, la Commission de recours DFE est arrivée à la conclusion que "Raclette" est certes une dénomination traditionnelle pour un plat ou une recette d'origine valaisanne, mais que le fromage servant à la préparation de ce plat n'est pas désigné traditionnellement comme "Raclette" mais comme "fromage du Valais", "fromage à raclette", "fromage à raclette du Valais" ou, le plus souvent, par des dénominations locales telles que "Bagnes" ou "Conches". Le terme "Raclette" ne peut donc pas être considéré comme une désignation collective traditionnelle pour les fromages gras à raclette du Valais. L'utilisation du mot "Raclette" en lieu et place de fromage à raclette est récente. Les sondages d'opinion qui ont été effectués ne permettent pour leur part pas non plus de conclure que, dans l'esprit du public, le terme "Raclette" serait une dénomination traditionnelle pour un fromage provenant du Valais. En conséquence, "Raclette" utilisé seul, ne peut être inscrit dans le registre fédéral des AOP/IGP comme dénomination traditionnelle pour un fromage du Valais.⁶

¹ RS 0.817.142.1

² RS 0.232.111.191.36

³ RS 0.232.111.193.49

⁴ 6I/2004-2

⁵ RS 910.12: art. 2 al. 2

⁶ 6I/2003-3, -7, - 23, - 29, - 30, - 33, - 37, - 39; ces décisions ont été attaquées devant le Tribunal fédéral et les recours sont encore pendants.

3.2 Jurisprudence de la REKO/WEF dans le domaine des cartels

Lorsque la Commission de la concurrence, après avoir examiné une concentration d'entreprises, autorise ladite opération en l'assortissant de diverses charges ou conditions, et que ces dernières ont des conséquences d'une grande portée pour les entreprises concernées, le droit d'être entendu - prévu par la Constitution fédérale¹ et la loi sur la procédure administrative² - exige que l'autorité communique à l'avance aux entreprises en question les éléments essentiels de sa décision et leur offre la possibilité de se prononcer à ce sujet. Le fait de leur transmettre la proposition de procéder à un examen plus approfondi ne saurait remplacer cette information préalable, si ladite proposition ne vise qu'une partie des conditions d'une intervention dans le cadre du contrôle structurel et qu'elle ne mentionne pas que la Commission de la concurrence envisage d'interdire l'opération ou de l'autoriser seulement sous réserve de diverses charges ou conditions. Les charges et conditions ne doivent pas être décidées de manière unilatérale, mais doivent au contraire être élaborées avec les intéressés dans une procédure de dialogue. Si l'autorité procède autrement et qu'elle s'écarte en outre de sa propre pratique, ceci constitue une violation du droit d'être entendu.

Le marché pertinent doit être délimité du point de vue des partenaires potentiels de l'échange. Les entreprises d'électricité et les entreprises industrielles sont acquéreuses du produit "électricité" et de la prestation de service "distribution". Il n'y a donc pas lieu de délimiter le marché du transport de l'électricité selon leur point de vue. L'argumentation contraire de l'autorité de la concurrence équivaut à délimiter un marché qui comprend plusieurs marchés de produits (transport, distribution). Or, cela est en contradiction avec les prescriptions légales en la matière. Le marché touché par l'opération de concentration doit être délimité du point de vue des entreprises qui acquièrent effectivement ces prestations. Si, déjà avant le projet de concentration, ces entreprises n'avaient aucune possibilité de choisir d'autres fournisseurs de services, l'opération ne conduirait pas à la création ou au renforcement d'une position dominante capable de supprimer une concurrence efficace. Au moment d'examiner les améliorations que l'opération provoque sur d'autres marchés, il ne faut pas se limiter à vérifier les effets sur le marché de l'approvisionnement en électricité. De plus, l'opération doit être en rapport de causalité avec les améliorations sur d'autres marchés et ces dernières ne doivent pas être prises en compte si elles résultent des charges dont le projet est assorti. Lors de la pesée des avantages et des inconvénients, il n'y a pas lieu de faire des pronostics défavorables sur le comportement futur de l'entreprise issue de la fusion. Le contrôle des concentrations ne porte que sur les aspects structurels de la fusion. D'éventuels problèmes relatifs au comportement des entreprises relèvent du contrôle des pratiques illicites.

Les charges et conditions doivent être proportionnées. Tel n'est pas le cas si les conditions posées vont plus loin que les mesures déjà prises par les parties à la fusion et que les charges supplémentaires ne sont ni adéquates ni nécessaires pour atteindre le but fixé. Le contrôle structurel ne permet pas de légitimer une régulation des comportements *ex ante*. Les charges

¹ RS 101: art. 25 al. 2

² RS 172.021: art. 29

destinées à provoquer une ouverture générale du marché de l'électricité relèvent exclusivement de la compétence du législateur.¹

La Commission de la concurrence est en principe habilitée à constater par voie de décision qu'une entreprise occupe une position dominante sur le marché, même s'il s'avère que la pratique examinée ne pose aucun problème sous l'angle du droit des cartels. Une telle décision ne se fondera pas sur l'article 30 alinéa 1 de la loi sur les cartels², mais sur l'article 25 alinéa 1 de la loi sur la procédure administrative³ (qui habilite l'autorité à rendre, d'office ou sur demande, une décision en constatation), pour autant que cela soit justifié par un intérêt public spécifique (art. 25 al. 2 PA par analogie). L'existence d'un tel intérêt doit être admise tant sous l'angle du contrôle structurel des fusions (des projets de concentration potentiellement problématiques sont soumis au contrôle de l'autorité en matière de concurrence, conformément à la notification obligatoire prévue à l'art. 9 al. 4 LCart) que sous l'angle du contrôle des pratiques des entreprises (des procédures inutiles peuvent être évitées lorsque les participants au marché savent que le pouvoir d'action de l'entreprise dominante est limité jusqu'à nouvel avis). Toutefois, l'autorité en matière de concurrence doit veiller à ce qu'une telle décision en constatation ne porte pas atteinte au principe de l'égalité de traitement. Tel serait le cas si elle constatait l'existence d'une position dominante alors que la pratique examinée s'avère inoffensive, mais pas alors que, en cours d'enquête, les entreprises contrôlées modifient unilatéralement ou sur la base d'un accord amiable, une pratique qui s'avère illicite. Un traitement différent se justifie à condition que les circonstances soient effectivement différentes. Tel n'est pas le cas lorsque des entreprises qui occupent une position dominante sur le marché, et dont les pratiques sont licites, sont traitées moins favorablement par l'autorité que des entreprises "repenties" qui occupent une position dominante sur le marché et se sont comportées de manière illicite ou problématique. Lorsqu'il existe un intérêt public à constater l'existence d'une position dominante, cet intérêt doit être poursuivi de la même manière dans tous les cas. L'autorité en matière de concurrence formulera des critères précis afin de clarifier sa pratique future en la matière. La marche à suivre ne doit pas dépendre de critères relevant du hasard, comme par exemple de l'ordre dans lequel les questions de droit matériel sont traitées ou du moment auquel l'enquête est interrompue du fait que l'entreprise concernée a modifié sa pratique.⁴

Dans le cadre d'une procédure de contrôle de fusion, la Commission de recours pour les questions de concurrence a considéré qu'une participation du quotidien Berner Zeitung AG (filiale de l'Espace Media Groupe) au journal gratuit "20 Minuten" - assortie d'une charge selon laquelle le journal "Anzeiger Region Bern" ne devait désormais plus être contrôlé par l'Espace Media Groupe - ne supprime pas une concurrence efficace, que ce soit par rapport aux lecteurs ou aux marchés concernés.⁵

¹ FB/2005-5; cette décision a été attaquée devant le Tribunal fédéral et le recours est encore pendant.

² RS 251

³ RS 172.021

⁴ FB/2005-2

⁵ FB/2004-4; cette décision a été attaquée devant le Tribunal fédéral et le recours est encore pendant.

Les ordonnances du Conseil fédéral en matière de protection de l'environnement ne peuvent pas être examinées sous l'angle du contrôle accessoire des normes dans le cadre d'un recours administratif contre une décision fondée exclusivement sur la loi sur les cartels. La conclusion de la recourante tendant à l'examen de la légalité de ces ordonnances est irrecevable (motif de recours irrecevable). La conclusion visant à interdire certains accords qui n'ont pas été examinés par l'instance inférieure est également irrecevable, car elle dépasse l'objet du litige. Les particuliers n'ont pas le droit d'exiger l'ouverture d'une enquête déterminée contre des pratiques illicites. Un tel droit ne peut pas non plus être atteint par la voie du recours. La qualité pour agir de tiers, qui ne sont pas destinataires de la décision attaquée, ne découle pas de la qualité de partie dans la procédure de première instance¹ mais s'apprécie selon l'article 48 de la loi fédérale sur la procédure administrative². En droit des cartels, outre les éléments de nature générale, on exige une entrave à la concurrence suffisamment concrétisée et notable. Le recourant doit motiver de manière substantielle dans quelle mesure une autre appréciation de la restriction de la concurrence pourrait avoir des conséquences sur sa position dans la concurrence.³

Dans le cadre de la formation des prix dans le marché du livre, la Commission de recours pour les questions de concurrence a reconnu que le "Sammelrevers" (prix unique des livres) constituait un accord qui affecte de manière notable la concurrence au sens de la loi sur les cartels⁴ et qui n'est pas justifié par des motifs d'efficacité économique⁵. La REKO/WEF a confirmé l'examen portant sur l'efficacité économique du "Sammelrevers", auquel avait procédé la Commission de la concurrence sur ordre du Tribunal fédéral⁶; cet examen a fait apparaître qu'il n'existait aucun motif justificatif au sens de l'article 5 alinéa 2 de la loi sur les cartels.⁷

¹ DPC 2004/3, p. 897

² RS 172.021

³ FB/2005-6; cette décision a été attaquée devant le Tribunal fédéral et le recours est encore pendant.

⁴ RS 251: art. 5 al. 1

⁵ RS 251: art. 5 al. 2

⁶ En 1998, le "Sammelrevers" a déjà fait l'objet d'une enquête sur la fixation des prix sur le marché des livres de langue allemande. Par décision du 6 septembre 1999, la Commission de la concurrence a considéré le prix unique du livre comme un accord illicite en matière de concurrence au sens de l'article 5 alinéas 1 et 3 lettre a LCart. Le 21 mai 2001, la REKO/WEF a rejeté les recours administratifs déposés contre cette décision, dans la mesure où ils étaient recevables. Par arrêt du 14 août 2002, le Tribunal fédéral a partiellement admis les recours de droit administratif déposés contre la décision de la REKO/WEF, a annulé dite décision et a renvoyé la cause à la Commission de la concurrence pour nouvelle décision au sens des considérants; il a invité cette dernière à examiner en particulier si le "Sammelrevers" était justifié par des motifs d'efficacité économique.

⁷ FB/2005-4; cette décision a été attaquée devant le Tribunal fédéral et le recours est encore pendant.

4 Statistiques de la REKO/EVD

4.1 Volume d'affaires

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Affaires pendantes au début de l'année	233	261	251	216	205 ¹	257	132
Affaires introduites (entrées)	359	284	397	282	467	226	263
Affaires liquidées (sorties)	331	294	432	287	415	351	267
Affaires pendantes à la fin de l'année	261	251	216	211	257	132	128

4.2 Nombre d'affaires liquidées

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Selon la nature de la requête							
Demande de révision	3	0	2	2	1	0	0
Recours	327	294	428	284	414	351	267
Procédure d'arbitrage	1	0	2	1	0	0	0
Selon la nature de la décision							
Rejet	114	100	125	134	147	146	87
Admission	70	50	108	44	76	53	24
Admission partielle	0	0	10	15	17	19	18
Irrecevabilité	42	20	21	11	6	12	19
Irrecevabilité suite à une avance de frais impayée	0	0	1	8	21	9	13
Irrecevabilité, faute de droit à recourir	0	0	0	2	1	5	0
Irrecevabilité, faute de compétence	0	0	0	0	4	15	4
Radiation	8	11	17	7	5	6	10
Radiation cause retrait	64	54	84	50	77	45	60
Radiation après réexamen par l'autorité intimée	26	42	14	11	40	30	22
Radiation (lettre)	7	17	52	4	20	9	10
Prélèvement de frais	0	0	0	1	1	2	0
Selon le nombre de juges prenant part à la décision							
Décision prise par un juge unique	54	51	20	61 ²	146	80	101
Décision prise par trois juges	200	172	274	225	269	270	165
Décision prise par cinq juges	6	0	2	1	0	1	1
Selon la langue employée dans la décision							
Allemand	219	210	354	188	287	244	184
Français	95	64	68	89	111	86	67
Italien	17	20	10	10	17	21	16

¹ ces chiffres peuvent être modifiés par suite de jonction ou disjonction des affaires

² depuis 2003, les décisions formelles prises par un juge unique sont comprises dans ce chiffre

Selon la suite donnée à la décision							
Décision définitive	261	229	340	159	253	191	114
Décision non attaquée	61	52	76	120	147	148	136
Décision attaquée	9	13 ³	16	8	15	13	17
– affaire encore pendante	0	0	0	0	0	0	11
– rejet	5	11	7	5	11	8	4
– admission	1	1	4	1	2	2	1
– irrecevabilité	1	1	2	1	1	3	1
– radiation	2	0	3	0	0	0	0
– retrait	0	0	0	1	1	0	0
– autres	0	0	0	0	0	0	0

4.3 Durée moyenne en jours nécessaire au règlement d'une affaire

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
A partir du dépôt de l'acte	242	245	248	255	194	238	201
A partir de la clôture de l'échange d'écritures	176	183	178	181	152	180	155

4.4 Débats publics

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Ordonnés par le président	57	97	106	105	80	98	84
Renonciation par les parties	35	63	54	64	41	74	51
Effectués	22	34	52	41	39	24	33

4.5 Frais prélevés et dépens octroyés

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Décisions avec prélèvement de frais	106	84	90	107	88	122	85
Total des frais (en francs)	82'153	51'577	65'885	79'188	65'821	86'848	67'321
Moyenne des frais (en francs)	775	614	732	740	748	712	792
Décisions avec octroi de dépens	22	28	37	45	36	48	27
Total des dépens (en francs)	43'208	79'976	72'690	46'447	70'014	78'454	62'450
Moyenne des dépens (en francs)	1'964	2'856	1'965	1'032	1'945	1'634	2'313

³ neuf décisions concernent le même état de fait (parts de contingent tarifaire pour l'importation de viande)

4.6 Décisions selon les autorités intimées

	Année précédente	Total	Rejet	Admission	Irrecevabilité	Radiation	Retrait	Réexamen	Radiation (lettre)	Prélèvement de frais
Office fédéral de la formation professionnelle et de la technologie (OFFT)	120	78	26	6	11	3	24	4	4	0
– Formation professionnelle	59	47	9	3	5	3	23	2	2	0
– Examens professionnels	60	27	17	2	4	0	0	2	2	0
– Subventions pour la formation professionnelle	1	3	0	1	1	0	1	0	0	0
– Subventions pour écoles IKT	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Office fédéral de l'agriculture (OFAG)	38	34	7	11	11	0	4	0	1	0
– Généralités	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
– Certification / Protection des végétaux	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0
– Comm. féd. contrôle commerce vins	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0
– Elevage et vente de bétail	0	2	1	0	0	0	1	0	0	0
– Production animale	3	2	0	0	1	0	1	0	0	0
– Promotion internationale des ventes	19	18	0	9	8	0	1	0	0	0
– Fromage	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
– Orientation de la production de lait	4	0	0	0	0	0	0	0	0	0
– Stations de recherches	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0
– Importation de produits agricoles	3	8	2	2	2	0	1	0	1	0
– Délimitation des zones	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Office vétérinaire fédéral (OVF)	6	10	1	0	0	1	3	5	0	0
– Hygiène des viandes / abattage	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0
– Importation et exportation	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0
– Protection des espèces	3	8	0	0	0	0	3	5	0	0
– Assurance de la qualité	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Office fédéral du logement (OFL)	4	3	1	0	0	0	2	0	0	0
– Encouragement à la construction et à l'accession à la propriété de logements	0	3	1	0	0	0	2	0	0	0
– Logement dans les régions de montagne	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Cantons	17	24	8	5	6	0	2	1	2	0
– Généralités	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0
– Bail à ferme agricole	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
– Dénomination d'origine	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0
– Formation professionnelle	3	4	1	0	1	0	1	0	1	0
– Paiements directs	9	13	6	4	2	0	0	1	0	0
– Terminologie agricole	3	2	1	0	0	0	1	0	0	0
– Contributions agricoles	0	2	0	1	1	0	0	0	0	0
– Hygiène des viandes / abattage	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0
– Protection des animaux	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Contingentement laitier	4	18	2	4	1	0	10	0	1	0
– Contingentement laitier de plaine	3	17	2	4	0	0	10	0	1	0
– Taxes pour livraisons excédentaires	1	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Cadastre de la production agricole	3	1	1	0	0	0	0	0	0	0
– Délimitation des zones	3	1	1	0	0	0	0	0	0	0

	Année précédente	Total	Rejet	Admission	Irrecevabilité	Radiation	Retrait	Réexamen	Radiation (lettre)	Prélèvement de frais
Secrétariat d'Etat à l'économie (seco)	58	40	15	6	3	4	8	3	1	0
– Généralités	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0
– Affaires économiques extérieures	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
– Travail: conditions de travail	20	10	1	0	1	4	3	1	0	0
– Marché du travail / assurance-chômage	33	27	14	5	1	0	5	2	0	0
– Politique économique / promotion de la place économique	4	2	0	1	1	0	0	0	0	0
Service civil	97	56	26	10	3	2	5	9	1	0
– Etablissements d'affectation	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
– Service civil	95	55	25	10	3	2	5	9	1	0
Commission fédérale de maturité professionnelle	4	3	0	0	1	0	2	0	0	0
– Maturité professionnelle fédérale	4	3	0	0	1	0	2	0	0	0

5 Statistiques de la REKO/WEF

5.1 Volume d'affaires

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Affaires pendantes au début de l'année	9	8	10	9	12	12	7
Affaires introduites (entrées)	5	9	5	18	13	9	9
Affaires liquidées (sorties)	6	7	6	15	13	14	15
Affaires pendantes à la fin de l'année	8	10	9	12	12	7	1

5.2 Nombre d'affaires liquidées

Selon la nature de la requête	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Demande de révision	0	0	0	0	0	0	0
Recours	6	7	6	15	13	14	15
Procédure d'arbitrage	0	0	0	0	0	0	0
Selon la nature de la décision	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Rejet	2	3	4	5	3	0	3
Admission	2	2	0	1	1	2	3
Admission partielle	0	0	0	3	2	10	1
Irrecevabilité	1	1	0	2	2	0	1
Irrecevabilité suite à une avance de frais impayée	0	0	0	0	0	1	0
Irrecevabilité, faute de droit à recourir	0	0	0	0	0	0	1
Irrecevabilité, faute de compétence	0	0	0	0	0	0	0
Radiation	1	1	2	2	4	1	0
Radiation cause retrait	0	0	0	1	0	0	1
Radiation après réexamen par l'autorité intimée	0	0	0	0	0	0	0
Radiation (lettre)	0	0	0	0	0	0	0
Prélèvement de frais	0	0	0	1	1	0	5
Selon le nombre de juges collaborant à la décision							
Décision prise par un juge unique	0	0	0	1 ¹	3	1	1
Décision prise par trois juges	6	7	6	14	10	13	14
Décision prise par cinq juges	0	0	0	0	0	0	0
Selon la langue employée dans la décision							
Allemand	4	6	3	13	10	14	15
Français	2	1	3	2	3	0	0
Italien	0	0	0	0	0	0	0
Selon la suite donnée à la décision							
Décision définitive	0	0	0	0	0	0	0
Décision non attaquée	4	3	4	11	11	5	10
Décision attaquée	2	4	2	4	2	9	6
– affaire encore pendante	0	0	0	0	0	0	4
– rejet	0	0	1	3	1	0	1
– admission	2	4	1	1	1	5	0
– irrecevabilité	0	0	0	0	0	0	0
– radiation		0	0	0	0	4	1

¹ depuis 2003, les décisions formelles prises par un juge unique sont comprises dans ce chiffre

5.3 Durée moyenne en jours nécessaire au règlement d'une affaire

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
A partir du dépôt de l'acte	257	306	336	316	293	391	263
A partir de la clôture de l'échange d'écritures	195	237	258	274	266	334	214

5.4 Débats publics

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Ordonnés par le président	1	3	2	2	1	2	0
Renonciation par les parties	0	1	1	1	1	2	0
Effectués	1	2	1	1	0	0	0

5.5 Frais prélevés et dépens octroyés

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Décisions avec prélèvement de frais	3	5	6	12	8	8	12
Total des frais (en francs)	3'007	12'370	11'482	18'398	16'985	18'182	27'951
Moyenne des frais (en francs)	1'002	2'473	1'914	1'533	2'123	2'273	2'329
Décisions avec octroi de dépens	2	3	2	10	6	6	7
Total des dépens (en francs)	5'500	12'465	22'000	21'800	21'000	89'500	175'300
Moyenne des dépens (en francs)	2'750	4'155	11'000	2'180	3'500	14'917	25'043
Nombre d'heures au total (préparation) ¹	289	213	346	379	431	1'026	924
Nombre de jours au total (séances) ¹	6	1	4	7	0	1	0

¹ seulement juges à temps partiel

5.6 Décisions selon les autorités intimées

	Année précédente	Total	Rejet	Admission	Irrecevabilité	Radiation	Retrait	Réexamen	Radiation (lettre)	Prélèvement de frais
Commission de la concurrence (Comco)	14	15	3	4	2	0	1	0	0	5
– Cartels	14	15	3	4	2	0	1	0	0	5

Frauenkappelen, le 12 février 2007

COMMISSIONS DE RECOURS
DFE + QUESTIONS DE CONCURRENCE
Le Président:
Urech

1 Retrospettiva

Il Tribunale amministrativo federale (TAF) ha iniziato la sua attività al 1° gennaio 2007. D'ora in poi il TAF sarà anche competente di statuire su ricorsi in quei campi giuridici di cui finora si erano occupate le Commissioni di ricorso DFE e in materia di concorrenza. Dette commissioni sono state sciolte alla fine del 2006. Dopo che nel corso del 2005 sono stati eletti i giudici e in seguito occupati i posti quadro del Segretariato generale del TAF, nell'anno preso in considerazione si è svolto il reclutamento dei cancellieri e del personale ancora necessario per le cancellerie e per il Segretariato generale. Durante il processo di reclutamento regnava un clima di insicurezza riguardo al proprio futuro professionale. Le paure si sono dissolte dopo che il TAF ha reso noto le assunzioni. Con grande soddisfazione si è potuto apprendere che il TAF ha assunto quasi tutti i collaboratori delle Commissioni di ricorso DFE e in materia di concorrenza.

Malgrado le incertezze summenzionate i collaboratori di entrambe le commissioni di ricorso hanno adempiuto i loro compiti in modo accurato e rapido. Nel 2006 la Commissione di ricorso DFE ha statuito su 267 ricorsi. Il numero delle pratiche evase rientra nella media degli anni scorsi e ha potuto essere raggiunto benché la Commissione di ricorso DFE non disponesse degli effettivi completi. Il numero dei ricorsi entrati (263) corrisponde parimenti alla media degli anni passati. Ciò ha consentito alla Commissione di ricorso DFE di concludere l'anno con un totale di 128 pratiche evase. Nell'anno del rapporto, la Commissione di ricorso in materia di concorrenza ha statuito su 15 ricorsi e presenta una media di ricorsi evasi più alta rispetto agli anni precedenti, tanto più che alla fine del 2006 rimaneva una sola procedura pendente.

In considerazione del numero delle procedure ancora pendenti si può constatare che l'obiettivo fissato alla fine del 2005 di trasferire il minimo numero possibile di casi al TAF è stato completamente raggiunto. Di conseguenza l'inizio delle attività del nuovo TAF dovrebbe avvenire senza intoppi.

2 Finanze

2.1 Finanze

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Uscite preventivate	3'700'700	4'669'500	4'855'100	4'940'520 ¹	4'970'103 ²	4'960'505	4'953'500
Entrate preventivate	110'000	110'000	112'000	100'000	100'200	100'200	100'200
Uscite effettive	3'473'330	4'050'170	4'465'043	4'539'191	4'514'156	4'519'934	4'037'928
Entrate effettive	92'139	63'238	66'452	79'897	68'101	98'558	82'077
Crediti scoperti	1'075	142	2'611	717	751	855	280
Crediti ceduti per l'incasso	3'643	622	1'345	241	146	426	146

3 Giurisprudenza

3.1 Giurisprudenza della REKO/EVD

3.1.1 Formazione professionale

Secondo dottrina e prassi dominanti, di regola le note delle singole materie rappresentano unicamente elementi della motivazione che infine portano al giudizio complessivo sul superamento o non superamento dell'esame. Oggetto d'impugnazione può essere soltanto il risultato d'esame come tale; in principio le singole note non possono essere impugnate con ricorso a titolo indipendente. Questa regola non è comunque priva di eccezioni. Le singole note costituiscono un oggetto di lite indipendente quando il loro valore è subordinato a determinate conseguenze giuridiche, come ad esempio la possibilità di frequentare corsi supplementari o di perfezionamento, la possibilità di acquisire qualifiche particolari o infine anche nel caso in cui le note vengono considerate come note di controllo e il loro risultato può incidere su quello di esami successivi.

Se una singola nota può essere impugnata a titolo indipendente, ciò ha come conseguenza che la stessa passa in giudicato in caso di mancata impugnazione. Le note di controllo e le note per materie di cui si è già concluso lo studio, ma che sono considerate nel risultato finale (attestato di maturità, patente di docente) devono quindi essere impugnate immediatamente dopo la loro comunicazione. Non è possibile impugnare suddette note solamente con il risultato finale dell'esame³.

¹ tenuto conto dei tagli subiti dal preventivo

² spese sociali incluse

³ JC/2004-4

3.1.2 Riserve di crisi

L'impresa che procede ad un versamento nelle riserve deve, entro sei mesi dalla chiusura dell'anno contabile durante il quale sono state contabilizzate le riserve, versare il corrispondente importo alla Confederazione o su un conto bancario bloccato. Su domanda motivata, il Segretariato di Stato dell'economia (seco) può prorogare il termine di sei mesi al massimo¹.

La legge e i materiali non danno alcuna informazione sulla natura del termine e neppure sulla portata, lo scopo e il senso dell'articolo 4 OCRC. Tuttavia, menzionando che l'importo è versato annualmente, la legge dà un'indicazione nella misura in cui il versamento deve essere effettuato al più tardi entro il 31 dicembre dell'anno che segue la chiusura dell'esercizio contabile. Secondo la Commissione di ricorso DFE, l'analisi del disposto in questione permette di affermare che si è in presenza di un semplice termine d'ordine. In effetti, mentre un termine di perenzione non può essere prolungato, una proroga viene invece ammessa quando si tratta di un semplice termine d'ordine. Inoltre, se nel caso di specie si trattasse di un termine di perenzione, il legislatore non avrebbe previsto una proroga tanto lunga da permettere alle imprese che ne fanno richiesta di disporre del termine di un anno per effettuare il versamento annuale previsto dalla legge. Infine, il disposto in questione non precisa in modo esplicito che le domande presentate dopo la scadenza del termine saranno rifiutate, mentre una tale indicazione figura generalmente nelle norme che prevedono un termine di perenzione. La Commissione di ricorso DFE ha di conseguenza giudicato che l'interpretazione della disposizione in questione permette chiaramente di giungere alla conclusione che non si tratta di un termine di perenzione, ma di un semplice termine d'ordine².

3.1.3 Servizio civile

L'organo di esecuzione per il servizio civile può rinunciare a riscuotere tributi dagli istituti di impiego per le prestazioni lavorative delle persone che prestano servizio civile. Ad eccezione di alcuni casi nell'ambito dell'articolo 96 capoverso 1 lettera b e c dell'Ordinanza sul servizio civile³, l'organo di esecuzione non ha fino ad oggi ancora esonerato un istituto di impiego dalla riscossione dei tributi affermando l'esistenza di un interesse particolare ai sensi dell'articolo 46 capoverso 3 della Legge sul servizio civile⁴. Benché l'organo di esecuzione nella sua motivazione definisca l'interesse particolare fondandosi, anche se a torto⁵, esclusivamente sull'articolo 96 capoverso 1 lettera a OSCi, nulla si oppone al rilascio di una decisione, in cui si prescinde di principio dalla possibilità di esonerare un istituto in modo individuale. In effetti, già la decisione se riscuotere un tributo o meno, è lasciata al libero apprezzamento.

¹ RS 823.331: art. 4 al. 1

² MD/2006-1

³ RS 824.01

⁴ RS 824.0

⁵ 5B/2004-8

zamento dell'organo di esecuzione. È ammissibile che l'organo di esecuzione decida di rinunciare in via generale all'esonero dalla riscossione dei tributi da parte di singoli istituti di impiego nell'ambito delle opere sociali, sempre che non emergano situazioni di disparità di trattamento o di arbitrio¹.

L'articolo 37 capoverso 5 OSCi prevede che la persona soggetta al servizio civile che compie un servizio ininterrotto pari o superiore a 90 giorni nell'ambito di un periodo di impiego di lunga durata lo effettua principalmente nel quadro di un programma prioritario, all'estero o presso l'organo d'esecuzione. Secondo il commento concernente la modifica dell'OSCi del 5 dicembre 2003 è possibile dispensare dalla partecipazione ad un programma prioritario soltanto chi intende compiere il periodo di impiego di lunga durata all'estero o presso l'organo d'esecuzione, rispettivamente per evidente inattitudine o problemi di salute del civilista. Il commento concernente la modifica dell'OSCi è conforme al senso e allo scopo della legislazione in materia di servizio civile. Le eccezioni ad effettuare un periodo di lunga durata in un programma prioritario sottintese dal termine "principalmente" sono da intendere in maniera restrittiva, altrimenti l'organo d'esecuzione del servizio civile rischierebbe di non poter far fronte al compito di interesse pubblico di portare a termine programmi prioritari per aumentare l'efficacia del servizio civile².

3.1.4 Assicurazione contro la disoccupazione

I lavoratori, il cui tempo normale di lavoro è ridotto o il cui lavoro è integralmente sospeso, hanno diritto a un'indennità per lavoro ridotto³. La perdita di lavoro dovuta ad un danno non è computata nella misura in cui sia coperta da un'assicurazione privata. Se il datore di lavoro non è assicurato contro una tale perdita, ancorché l'assicurazione sia possibile, la perdita di lavoro è computata il più presto dopo la fine del periodo di disdetta applicabile al contratto di lavoro individuale⁴. Se nell'ambito di una procedura volta all'ottenimento dell'indennità ridotta, l'Ufficio cantonale del lavoro non osserva la scadenza del termine di disdetta e autorizza l'indennità ridotta, esso applica in modo giuridicamente erraneo l'istruzione del seco AM/ALV-Praxis 2000/4 "Arbeitsausfälle infolge aussergewöhnlicher Naturereignisse" (perdite di lavoro in seguito a eventi naturali d'eccezione, come intemperie). Con un simile adempimento carente dei propri compiti l'Ufficio cantonale del lavoro ha causato un danno alla Confederazione. Il comportamento dell'Ufficio cantonale del lavoro va classificato quale negligenza grave. Invero, detto ufficio non ha effettuato con la diligenza richiesta dalle circostanze i chiarimenti giuridicamente necessari nell'ambito dell'esame dei presupposti di diritto per autorizzare l'indennità ridotta, tanto più che nel caso in esame si trattava di applicare una disposizione dell'ordinanza e di un'istruzione del seco, le quali erano formulate in modo chiaro.

¹ 5B/2005-1

² 5C/2005-42

³ RS 837.0: art. 31

⁴ RS 837.02: art. 51 cpv. 4: Questa disposizione corrisponde per quanto ne riguarda il contenuto alla cifra 2 dell'istruzione AM/ALV-Praxis 2000/4 "Arbeitsausfälle infolge aussergewöhnlicher Naturereignisse".

L'Ufficio cantonale del lavoro non riesce a scagionarsi con l'argomento, secondo il quale l'istruzione del seco non è facile da comprendere. In effetti tale istruzione non fa altro che concretizzare la disposizione dell'ordinanza sull'assicurazione contro la disoccupazione, secondo la quale il computo delle perdite di lavoro è condizionato esplicitamente dalla scadenza del termine di disdetta. In caso di difficoltà di comprensione l'Ufficio cantonale del lavoro avrebbe comunque potuto rivolgersi al seco. Sulla base di queste conclusioni non è in principio più rilevante esaminare le questioni se e perché non è stato possibile all'Ufficio cantonale del lavoro di impedire o di ridurre il danno per mezzo di misure adeguate (riesame tempestivo della decisione concernente l'autorizzazione dell'indennità per lavoro ridotto, impedimento del versamento dell'indennità per lavoro ridotto da parte della cassa cantonale di disoccupazione)¹.

3.1.5 Pagamenti diretti

Per quanto attiene al valore limite della sostanza, la legge federale sull'agricoltura² prevede esplicitamente di prendere come base la sostanza imponibile.

Mentre per il calcolo del reddito imponibile ci si può orientare ad un sistema unitario in tutta la Svizzera³, per il calcolo della sostanza imponibile non vi è altra possibilità che ricorrere alle relative leggi fiscali cantonali, poiché la legge federale sull'imposta federale diretta non conosce l'imposta sulla sostanza. Suddetta interpretazione letterale è confermata anche dall'interpretazione storica: la questione relativa all'introduzione di un limite della sostanza è stata discussa in parlamento già all'inizio degli anni novanta. Allora si indicava esplicitamente che a livello svizzero mancava un sistema unitario e che in questo modo si creava un'evidente disparità di trattamento⁴. Malgrado queste discussioni abbiano avuto luogo prima dei dibattiti sulla nuova legge federale sull'agricoltura, bisogna partire dal presupposto che il legislatore aveva deciso deliberatamente di prendere come base la sostanza imponibile giusta le relative leggi fiscali cantonali. Nella decisione di tassazione cantonale è deciso in modo definitivo con quale valore vengono computate alla sostanza quelle parcelle che si trovano in zona edificabile, ma che vengono gestite in modo agricolo. La decisione di tassazione cantonale è vincolante nella procedura volta all'ottenimento dei pagamenti diretti⁵.

Lo schema delle sanzioni elaborato dall'Ufficio federale dell'agricoltura il 2 luglio 2002 prevede che alla terza inosservanza parziale o totale della stessa esigenza su un arco di tempo di tre anni e qualora venisse irrogata una sanzione di 110 punti, l'azienda è esclusa dai pagamenti diretti generali e dai contributi ecologici. Per quanto attiene alle sanzioni inerenti alla protezione degli animali, al fine di definire il concetto di "esigenza", appare giustificato riferirsi alle diverse disposizioni regolate nell'ordinanza sulla protezione animali⁶ (OPAn).

¹ MC/2006-5

² RS 910.1: art. 70 cpv. 5 lett. f

³ RS 642.11

⁴ Bollettino Ufficiale del Consiglio degli Stati [S] 1992 pag. 767, 772

⁵ JG/2004-10

⁶ RS 455.1

Considerato che nel caso in esame dalle decisioni del veterinario cantonale (rapporti di ispezione) si evince che è stata per ben tre volte constatata l'infrazione degli articoli 3 e 4 OPAn, è quindi adempiuta la definizione di infrazione ripetuta su un arco di tre anni come previsto nello schema delle sanzioni¹.

3.1.6 Alimenti per animali

Nella procedura di omologazione di coadiuvanti per l'insilamento da parte dell'Ufficio federale dell'agricoltura deve essere addotta la prova che non solo gli alimenti per cui è richiesta l'omologazione non abbiano effetti nocivi, ma anche che essi producano un determinato effetto². In particolare non devono essere superati i valori limite. La differenza relativa allo scopo di impiego ha un ruolo importante nell'ambito dell'esame dell'efficienza di coadiuvanti per l'insilamento. Sia al momento dell'inoltro della domanda che durante la procedura d'esame si distingue tra l'impiego di coadiuvanti per l'insilamento allo scopo di migliorare il corso della fermentazione primaria da una parte e il corso della fermentazione secondaria dall'altra. Di conseguenza, i risultati ottenuti da esperimenti con lo scopo di migliorare la fermentazione secondaria non possono essere utilizzati per comprovare l'efficacia di un coadiuvante che ha lo scopo di migliorare la fermentazione primaria. Questo vale in particolar modo anche quando la sostanza attiva relativa alla fermentazione secondaria è già stata omologata in una procedura di omologazione precedente³.

Nel presente caso le autorità non hanno comprovato che l'uso di canapa come foraggio abbia spiacevoli effetti collaterali oppure che il latte prodotto in queste circostanze non adempie le condizioni della legislazione sui generi alimentari. Una simile prova non è nemmeno necessaria, poiché nel caso concreto non bisogna decidere se l'Ufficio federale era autorizzato ad emanare un divieto generale di utilizzare la canapa quale foraggio sulla base dell'ordinanza sugli alimenti per animali⁴. Si tratta piuttosto unicamente della questione a sapere se le autorità sono autorizzate a vietare di utilizzare la canapa come foraggio per le mucche⁵. Sulla base della norma di delegazione dell'articolo 10 della legge federale sull'agricoltura il Consiglio federale può emanare prescrizioni concernenti la qualità⁶, qualora sia necessario per l'esportazione di latticini. Benché certe categorie della popolazione manifestino un atteggiamento positivo e tollerante nei confronti della coltivazione di canapa e del consumo di prodotti a base di canapa, un numero considerevole di persone si pronuncia chiaramente in modo sfavorevole su questo tema. Questo vale in particolare in riferimento a quei derivati del latte che contengono tetraidrocannabinolo e che sono anche consumati da bambini. È quindi comprensibile supporre che la vendita di latticini svizzeri all'estero potrebbe essere compromessa se nel latte svizzero si scoprissero anche solo tracce di

¹ JG/2004-9

² RS 916.307: art. 12

³ 6S/2005-1

⁴ RS 916.307

⁵ RS 910.1

⁶ RS 916.351.0, RS 916.351.021.1, RU 1999 1930, 2000 2707, 2003 343, 2004 4093

tetraidrocannabinolo. Sotto queste circostanze il divieto di utilizzare canapa come foraggio per mucche da latte si rivela conforme alla legge e alla costituzione¹.

3.1.7 Contingentamento lattiero

Giusta l'ordinanza concernente l'abbandono del contingentamento lattiero² l'Ufficio federale decide quali produttori sono esclusi dal contingentamento lattiero, mentre i Servizi d'amministrazione del contingentamento lattiero notificano solamente la decisione ai produttori. Proibendo al Servizio d'amministrazione di licenziare dal contingente il relativo "affittuario" - che si rifiuta di trasferire il contingente conformemente al contratto, ma che vuole abbandonare il contingentamento lattiero al momento della disdetta - la Commissione di ricorso regionale interviene in un procedimento per il quale in prima istanza non è competente il Servizio d'amministrazione, ma l'Ufficio federale. La misura cautelare ordinata dalla Commissione di ricorso regionale appare quindi erronea già per motivi formali.

Sulla base dell'ordinanza sul contingentamento lattiero³ in vigore dal 1999, finora non era da escludere che il titolare di un contingente lattiero - benché obbligato dal diritto civile - si rifiutasse di presentare una domanda di ritrasferimento del contingente non trasferito definitivamente. Non sussiste alcun motivo giustificato per il quale l'ordinanza sul contingentamento lattiero in vigore - che ha introdotto nuovamente la possibilità di abbandonare in anticipo il contingentamento lattiero - non debba essere interpretata secondo la lettera. Giusta l'ordinanza sul contingentamento lattiero e sulla scorta della possibilità di abbandonare in anticipo il contingente, il titolare di un contingente che si comporta contrariamente al contratto deve attendersi che gli venga estorta nell'ambito del diritto civile l'approvazione al ritrasferimento del contingente oppure che colui che cede il contingente avanzi con successo un'azione di responsabilità⁴ nei suoi confronti.

3.1.8 Denominazione d'origine

La Commissione di ricorso DFE ha definito irricevibili i ricorsi di ricorrenti stranieri contro la decisione su opposizione dell'Ufficio federale dell'agricoltura in materia di registrazione della denominazione "Emmental" quale denominazione d'origine protetta nel registro DOP / IGP, poiché nessuno dei ricorrenti e - nel caso di ricorsi inoltrati da associazioni - nemmeno la maggioranza o un gran numero di soci ha potuto comprovare di esportare formaggio Emmental in Svizzera. L'eventualità di iniziare un'attività d'esportazione in Svizzera in un prossimo futuro non basta a motivare la legittimazione a ricorrere. La legittimazione a ricorrere non è data nemmeno sulla base di trattati e accordi internazionali, ad esempio la convenzione internazionale di Stresa⁵, il trattato del 7 marzo 1967 tra la Confederazione Svizzera e la Re-

¹ 9G/2005-1

² RS 916.350.4: art. 19 cpv. 1

³ RS 916.350.1

⁴ 8B/2006-8

⁵ RS 0.817.142.1

pubblica Federale di Germania¹ e il trattato del 14 maggio 1974 tra la Confederazione Svizzera e la Repubblica Francese sulla protezione delle indicazioni di provenienza, delle denominazioni d'origine e di altre denominazioni geografiche², poiché i produttori residenti in uno stato che ha stipulato un trattato con la Svizzera e che utilizzano conformemente al trattato la denominazione "Emmental" nel loro paese non sono interessati a mettere sotto tutela la denominazione "Emmental" in Svizzera³.

In relazione a ricorsi contro la registrazione della denominazione "Raclette" nel registro DOP/IGP, la Commissione di ricorso DFE si è dovuta occupare in particolare della questione a sapere se "Raclette" è in esclusiva una denominazione tradizionale per un formaggio vallesano. Per denominazione tradizionale ai sensi dell'ordinanza DOP/IGP⁴ si intendono quelle denominazioni di provenienza che - pur non riferendosi direttamente ad un luogo o regione geografica - hanno saputo imporsi come indicazione indiretta di un determinato territorio geografico grazie ad un uso prolungato in buona fede. In considerazione di diverse fonti scritte, soprattutto di quelle fornite dai richiedenti della protezione della denominazione, la Commissione di ricorso DFE ha concluso che "Raclette" indica tradizionalmente un cibo e una pietanza che vengono dal Vallese, ma che tuttavia si evince dagli atti che il formaggio utilizzato per preparare questa pietanza non viene denominato come "Raclette", bensì come "Walliser Käse" (formaggio del Vallese), "Raclettekäse" (formaggio da raclette), "Walliser Raclettekäse" (formaggio da raclette del Vallese) o piuttosto chiamato con singoli nomi quali "Bagnes" oppure "Conches". "Raclette" è utilizzato solo in tempi più recenti per denominare il formaggio per la raclette. Il nome "Raclette" non può quindi essere considerato come denominazione tradizionale per il formaggio del Vallese. Anche dai sondaggi d'opinione che si sono svolti non emerge nulla da cui si potrebbe concludere che il pubblico intenda per "Raclette" una denominazione tradizionale per un formaggio proveniente dal Vallese. Di conseguenza il nome "Raclette" non può essere registrato in esclusiva nel registro DOP/IGP quale denominazione tradizionale per un formaggio vallesano⁵.

3.2 Giurisprudenza della REKO/WEF in materia di diritto dei cartelli

Qualora la commissione della concorrenza decida nell'ambito dell'esame di un progetto di concentrazione di vincolare l'approvazione della concentrazione ad oneri e condizioni aventi notevoli conseguenze per i partecipanti al progetto, il diritto di essere sentito ancorato nella Costituzione federale⁶ e nella legge federale sulla procedura amministrativa⁷ esige che

¹ RS 0.232.111.191.36

² RS 0.232.111.193.49

³ 6I/2004-2

⁴ RS 910.12: art. 2 cpv. 2

⁵ 6I/2003-3, -7, -23, -29, -30, -33, -37, -39; queste decisioni sono state impugnate con ricorso dinanzi al Tribunale federale. Le singole procedure sono ancora pendenti.

⁶ RS 101: art. 25 cpv. 2

⁷ RS 172.021: art. 29

l'autorità comunichi in via preliminare gli elementi sostanziali della decisione alle imprese partecipanti, offrendo a queste ultime la possibilità di prendere posizione.

La notifica di una domanda di apertura di un esame approfondito non può sostituire l'informazione preliminare, se tale richiesta si occupa solo di una parte delle condizioni necessarie ad un intervento nell'ambito del controllo della struttura e da esse non si evince che la Commissione della concorrenza intenda proibire o autorizzare il progetto di concentrazione vincolandolo ad oneri e condizioni.

Oneri e condizioni non possono essere decisi in maniera unilaterale, al contrario le relative proposte devono essere elaborate in un dialogo con le imprese coinvolte nel progetto. Se l'autorità non procede in questo modo, scostandosi addirittura dalla propria prassi, viola il diritto di essere sentito.

Il mercato determinante deve essere definito dal punto di vista della controparte. Le centrali elettriche ed industriali domandano il prodotto "corrente" e la relativa prestazione di servizio "distribuzione". Il mercato per il trasferimento di corrente non può quindi essere definito dal loro punto di vista. Il parere contrario della commissione della concorrenza ha come conseguenza che la definizione di mercato reale comprende molteplici mercati (mercato per il trasferimento e per la distribuzione di corrente). Ciò è in contraddizione con le prescrizioni vigenti. Il mercato per il trasferimento della corrente che è toccato dal progetto di concentrazione deve essere definito dal punto di vista di quelle imprese che sono effettivamente richiedenti di questa prestazione di servizio. Se queste imprese non hanno alcuna possibilità alternativa già prima della concentrazione, il progetto non crea o rafforza una posizione dominante capace di sopprimere la concorrenza. Nell'ambito dell'esame dei miglioramenti che possono risultare dal progetto su altri mercati non bisogna soltanto prendere come base le condizioni di alimentazione elettrica, ma anche tener conto della circostanza che il progetto sia causale per i miglioramenti. Miglioramenti che risultano solo attraverso gli oneri non devono essere considerati. Nell'ambito della ponderazione degli effetti positivi e negativi di un progetto di concentrazione non possono essere formulati pronostici negativi sulle pratiche (delle imprese); il controllo della concentrazione comprende unicamente aspetti strutturali. Pratiche problematiche sono oggetto del controllo del comportamento.

Oneri e condizioni devono essere proporzionali; ciò non ne è il caso se gli oneri ordinati superano le misure già prese dalle imprese coinvolte e tale eccedenza non è né idonea né necessaria in rapporto allo scopo prefissato. Il controllo relativo alla struttura non legittima una previa regolamentazione del comportamento. Oneri, che hanno come scopo un'apertura generale del mercato dell'elettricità sono riservati al legislatore¹.

La commissione della concorrenza è in principio autorizzata ad accertare con decisione l'esistenza di una posizione dominante da parte di un'impresa, anche se le pratiche che hanno fatto l'oggetto dell'inchiesta si rivelano senza alcun inconveniente dal punto di vista della

¹ FB/2005-5; questa decisione è stata impugnata dinanzi al Tribunale federale e la relativa procedura è ancora pendente.

legge sui cartelli. La base legale per una simile decisione non è l'articolo 30 capoverso 1 della legge sui cartelli¹, bensì l'articolo 25 capoverso 1 della legge federale sulla procedura amministrativa² (autorizzazione legale di un'autorità a rilasciare su domanda o d'ufficio una decisione di accertamento), fintanto che il rilascio di tale decisione è giustificato da un particolare interesse pubblico (per analogia, art. 25 cpv. 2 PA). Un simile interesse va affermato sia per quanto attiene al controllo della struttura (i progetti di concentrazione potenzialmente problematici sottostanno al controllo della commissione della concorrenza sulla base dell'obbligo di annuncio ai sensi dell'art. 9 cpv. 4 LCart) sia per quanto riguarda il controllo del comportamento (in questo modo è possibile impedire le procedure inutili, se agli operatori del mercato sono noti quei poteri d'azione dell'impresa dominante che sono stati limitati fino a nuovo ordine). In considerazione degli effetti di una tale decisione di accertamento, l'autorità in materia di concorrenza deve attenersi al principio della parità di trattamento. Essa lo viola, accertando una posizione dominante nel caso in cui le pratiche che sono oggetto dell'inchiesta risultano innocue dal punto di vista della legge sui cartelli, ma non nel caso in cui le imprese coinvolte modificano nel corso dell'inchiesta una pratica che si rivela illecita, sia che ciò avvenga in modo unilaterale o sulla base di una conciliazione. Un trattamento discriminatorio lecito presuppone circostanze di fatto differenti; simili circostanze non sussistono, quando l'autorità tratta imprese aventi una posizione dominante, ma le cui pratiche sono lecite in maniera più sfavorevole rispetto a quelle imprese aventi una posizione dominante che si sono comportate in modo illecito o problematico, ma che si sono successivamente "pentite". Qualora sussista un interesse pubblico all'accertamento di una posizione dominante, esso va in ogni caso perseguito allo stesso modo. L'autorità in materia di concorrenza dovrà formulare criteri chiari in merito alla sua prassi futura. Il metodo adottato non può essere condizionato a delle eventualità, come ad esempio in quale ordine sono esaminate le questioni che si pongono sul lato materiale e in quale stadio della procedura si giunge all'interruzione dell'inchiesta in seguito ad adeguamento delle pratiche³.

La Commissione di ricorso in materia di concorrenza ha deciso in merito ad una procedura di controllo delle fusioni che una partecipazione della Berner Zeitung AG (compagnia dipendente del gruppo Espace Media Groupe) al quotidiano gratuito "20 Minuten" - con l'onere che l'"Anzeiger Region Bern" in futuro non può essere controllato dal gruppo Espace Media Groupe - non sopprime la concorrenza efficace sul mercato dei lettori e della pubblicità⁴.

Le ordinanze del Consiglio federale in materia di protezione dell'ambiente non sono accessibili all'esame accessorio delle norme in un procedimento di ricorso in materia della legge sui cartelli, se la decisione impugnata è stata resa esclusivamente in virtù della legge sui cartelli. Le conclusioni della parte ricorrente volte ad ottenere l'esame della legalità sono irricevibili (motivo di ricorso non ammissibile). Anche la conclusione di vietare determinati accordi che non sono stati ancora oggetto dell'inchiesta dell'autorità inferiore non può essere dichiarata ricevibile, poiché in questo caso manca l'oggetto di lite. Non esiste neanche un diritto allo

¹ RS 251

² RS 172.021

³ FB/2005-2

⁴ FB/2004-4; questa decisione è stata impugnata presso il Tribunale federale. La relativa procedura di ricorso è ancora pendente.

svolgimento di un'inchiesta su determinate pratiche. Un simile diritto non può essere conferito neanche in via ricorsuale. La legittimazione a ricorrere di terzi che non sono destinatari della decisione non risulta dalla qualità di parte nella procedura di prima istanza¹; determinante è piuttosto l'articolo 48 della legge federale sulla procedura amministrativa². Nella procedura amministrativa in materia di legge sui cartelli si esige per quanto attiene alla legittimazione a ricorrere - oltre agli elementi di natura generale - anche una notevole soppressione della concorrenza che sia comunque concretizzata in modo sufficiente. Il ricorrente deve motivare in modo sostanziale in che misura un'altra valutazione delle limitazioni della concorrenza può avere un'incidenza diretta sulla sua posizione concorrenziale³.

In materia di formazione dei prezzi nelle librerie, la Commissione di ricorso in materia di concorrenza ha deciso che il "Sammelrevers" (accordo tra gli editori e i librai per fissare i prezzi d'acquisto finali di stampati) rappresenta un accordo illecito che intralcia notevolmente la concorrenza ai sensi della legge sui cartelli⁴ e che non è giustificato da motivi di efficienza economica⁵. La Commissione di ricorso in materia di concorrenza ha tutelato l'esame dell'efficienza economica effettuato dalla Commissione della concorrenza su ordine del Tribunale federale⁶. Da esso era risultato che non esiste alcun motivo di giustificazione ai sensi dell'articolo 5 capoverso 2 della legge sui cartelli⁷.

¹ cfr. RPW 2004/3, pag. 897

² RS 172.021

³ FB/2005-6; questa decisione è stata impugnata dinanzi il Tribunale federale. La relativa procedura di ricorso è ancora pendente.

⁴ RS 251: art. 5 cpv 1

⁵ RS 251: art. 5 cpv. 2

⁶ Il Sammelrevers era già stato oggetto nel 1998 di un'inchiesta in materia di prezzi fissi sul mercato del libro per i libri in lingua tedesca. Con decisione del 6 settembre 1999 la Commissione della concorrenza aveva definito il Sammelrevers quale accordo illecito ai sensi dell'articolo 5 capoversi 1 e 3 lettera a LCart. I ricorsi presentati contro tale decisione dinanzi alla Commissione di ricorso in materia di concorrenza furono da essa respinti, nella misura in cui avessero potuto essere dichiarati ricevibili. Con sentenza del 14 agosto 2002 il Tribunale federale accolse parzialmente i ricorsi di diritto pubblico, annullò la decisione della Commissione di ricorso in materia di concorrenza e rinviò la causa per nuovo giudizio ai sensi dei considerandi alla Commissione della concorrenza affinché esaminasse in particolare, se il Sammelrevers poteva apparire giustificato per motivi di efficienza economica.

⁷ FB/2005-4; questa decisione è stata impugnata dinanzi al Tribunale federale. La relativa procedura è ancora pendente.

4 Statistiche della REKO/EVD

4.1 Volume delle pratiche

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Pratiche pendenti all'inizio dell'esercizio	233	261	251	216	205 ¹	257	132
Pratiche pervenute	359	284	397	282	467	226	263
Pratiche evase	331	294	432	287	415	351	267
Pratiche pendenti alla fine dell'esercizio	261	251	216	211	257	132	128

4.2 Pratiche evase

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Tipo di procedura							
Domande di revisione	3	0	2	2	1	0	0
Ricorsi	327	294	428	284	414	351	267
Casi di arbitrato	1	0	2	1	0	0	0
Tipo di evasione							
Rigetto	114	100	125	134	147	146	87
Accoglimento	70	50	108	44	76	53	24
Accoglimento parziale	0	0	10	15	17	19	18
Irricevibilità	42	20	21	11	6	12	19
Irricevibilità per anticipo spese impagato	0	0	1	8	21	9	13
Irricevibilità per mancanza del diritto a ricorrere	0	0	0	0	2	1	0
Irricevibilità per non competenza	0	0	0	0	0	4	4
Stralcio	17	8	11	17	7	5	10
Stralcio per ritiro	41	64	54	84	50	77	60
Stralcio dopo riesame dell'autorità inferiore	12	26	42	14	11	40	22
Stralcio informale	6	7	17	52	4	20	10
Messa a carico delle spese	0	0	0	0	1	1	0
Composizione							
Decisioni di un giudice unico	41	54	51	20	61 ²	146	101
Decisioni in collegio di tre giudici	212	200	172	274	225	269	165
Decisioni in collegio di cinque giudici	2	6	0	2	1	0	1
Lingua							
tedesco	198	219	210	354	188	287	184
francese	84	95	64	68	89	111	67
italiano	20	17	20	10	10	17	16

¹ a seguito di raggruppamento o separazione di affari queste cifre possono a posteriori cambiare

² questo numero comprende anche le decisioni formali emanate da un singolo giudice a partire dal 2003

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Esito							
Decisioni definitive	245	261	229	340	159	253	114
Decisioni non impugnate	51	61	52	76	120	147	136
Decisioni impugunate	6	9	13 ¹	16	8	15	17
– pendenti	0	0	0	0	0	2	11
– respinte	3	5	11	7	5	9	4
– accolte	0	1	1	4	1	2	1
– irricevibilità	2	1	1	2	1	1	1
– stralciate	1	2	0	3	0	0	0
– ritiro informale	2	1	1	2	1	1	0
– altri	0	0	0	0	0	0	0

4.3 Durata media dell'evasione

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
a partire dal deposito degli atti, in giorni	242	245	248	255	194	238	201
a partire dalla chiusura dello scambio di scritti, in giorni	176	183	178	181	152	180	155

4.4 Dibattimenti orali e pubblici

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
indetti dal presidente	57	97	106	105	80	98	84
rinuncia delle parti	35	63	54	64	41	74	51
effettuati	22	34	52	41	39	24	33

4.5 Spese e indennizzi

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Decisioni con prelievamento spese	106	84	90	107	88	122	85
Spese, totale in fr.	82'153	51'577	65'885	79'188	65'821	86'848	67'321
Spese, media in fr.	775	614	732	740	748	712	792
Decisioni con indennizzo	22	28	37	45	36	48	27
Indennizzi, totale in fr.	43'208	79'976	72'690	46'447	70'014	78'454	62'450
Indennizzi, media in fr.	1'964	2'856	1'965	1'032	1'945	1'634	2'313

¹ di cui nove avevano la stessa fattispecie (quote di contingente doganale per l'importazione di carne)

4.6 Pratiche evase, ripartite secondo l'autorità inferiore

	Anno precedente	Totale	Rigetto	Accoglimento	Irricevibilità	Stralcio	Stralcio per ritiro	Stralcio dopo riesame	Stralcio informale	Messa a carico spese
Ufficio federale della formazione professionale e della tecnologia (UFFT)	120	78	26	6	11	3	24	4	4	0
- Formazione professionale	59	47	9	3	5	3	23	2	2	0
- Esami professionali	60	27	17	2	4	0	0	2	2	0
- Sussidi alla formazione professionale	1	3	0	1	1	0	1	0	0	0
- Sussidi per scuole IKT	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Ufficio federale dell'agricoltura (UFAG)	38	34	7	11	11	0	4	0	1	0
- Generalità	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
- Certificazione e protezione dei vegetali	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- Commissione del commercio dei vini	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0
- Allevamento e smercio di bestiame	0	2	1	0	0	0	1	0	0	0
- Produzione animale	3	2	0	0	1	0	1	0	0	0
- Promozione internazionale delle vendite	19	18	0	9	8	0	1	0	0	0
- Formaggio	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- Orientamento della produzione del latte	4	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- Stazioni federali di ricerche	1	1	1	0	0	0	0	0	0	0
- Importazione di prodotti agricoli	3	8	2	2	2	0	1	0	1	0
- Limitazione delle zone	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Ufficio federale di veterinaria (UFV)	6	10	1	0	0	1	3	5	0	0
- Igiene delle carni / macellazione	3	1	0	0	0	0	1	0	0	0
- Protezione delle specie	3	8	0	0	0	0	3	5	0	0
- Assicurazione della qualità	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Ufficio federale delle abitazioni (UFAB)	4	3	1	0	0	0	2	0	0	0
- Promovimento della costruzione di abitazioni e accesso alla proprietà	3	3	1	0	0	0	2	0	0	0
- Condizioni d'abitazione della regione di montagna	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Cantoni	17	24	8	5	6	0	2	1	2	0
- Generalità	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0
- Affitto agricolo	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- Denominazione d'origine	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0
- Formazione professionale	3	4	1	0	1	0	1	0	1	0
- Pagamenti diretti	9	13	6	4	2	0	0	1	0	0
- Terminologia agricola	3	2	1	0	0	0	1	0	0	0
- Contributi agricoli	0	2	0	1	1	0	0	0	0	0
- Protezione degli animali	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- Igiene delle carni / macellazione	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0

	Anno precedente	Totale	Rigetto	Accoglimento	Irricevibilità	Stralcio	Stralcio per ritiro	Stralcio dopo riesame	Stralcio informale	Messa a carico spese
Contingentamento lattiero	4	18	2	4	1	0	10	0	1	0
– Contingentamento lattiero di pianura	3	17	2	4	0	0	10	0	1	0
– Tassa per il superamento del contingente	1	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Catasto agricolo	3	1	1	0	0	0	0	0	0	0
– Delimitazione delle zone	3	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Segretariato di Stato dell'economia (seco)	58	40	15	6	3	4	8	3	1	0
– Generalità	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0
– Lavoro: condizioni di lavoro	20	10	1	0	1	4	3	1	0	0
– Mercato del lavoro / assicurazione contro la disoccupazione	33	27	14	5	1	0	5	2	0	0
– Politica economia / promozione della piazza economica	4	2	0	1	1	0	0	0	0	0
– Economia esterna	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Servizio civile	97	56	26	10	3	2	5	9	1	0
– Istituto d'impiego	2	1	1	0	0	0	0	0	0	0
– Servizio civile	95	55	25	10	3	2	5	9	1	0
Commissione federale di maturità professionale	4	3	0	0	1	0	2	0	0	0
– Maturità professionale federale	4	3	0	0	1	0	2	0	0	0

5 Statistiche della REKO/WEF

5.1 Volume delle pratiche

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Pratiche pendenti all'inizio dell'esercizio	9	8	10	9	12	12	7
Pratiche pervenute	5	9	5	18	13	9	9
Pratiche evase	6	7	6	15	13	14	15
Pratiche pendenti alla fine dell'esercizio	8	10	9	12	12	7	1

5.2 Pratiche evase

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Tipo di procedura							
Domande di revisione	0	0	0	0	0	0	0
Ricorsi	6	7	6	15	13	14	15
Casi di arbitrato	0	0	0	0	0	0	0
Tipo di evasione							
Rigetto	2	3	4	5	3	0	3
Accoglimento	2	2	0	1	1	2	3
Accoglimento parziale	0	0	0	3	2	10	1
Irricevibilità	1	1	0	2	2	0	1
Irricevibilità per anticipo spese impagato	0	0	0	0	0	1	0
Irricevibilità per mancanza del diritto a ricorrere	0	0	0	0	0	0	1
Irricevibilità per non competenza	0	0	0	0	0	0	0
Stralcio	1	1	2	2	4	1	0
Stralcio per ritiro	0	0	0	1	0	0	1
Stralcio dopo riesame dell'autorità inferiore	0	0	0	0	0	0	0
Stralcio informale	0	0	0	0	0	0	0
Messa a carico delle spese	0	0	0	1	1	0	5
Composizione							
Decisioni di un giudice unico	0	0	0	1 ¹	3	1	1
Decisioni in collegio di tre giudici	6	7	6	14	10	13	14
Decisioni in collegio di cinque giudici	0	0	0	0	0	0	0
Lingua							
tedesco	4	6	3	13	10	14	15
francese	2	1	3	2	3	0	0
italiano	0	0	0	0	0	0	0
Esito							
Decisioni definitive	0	0	0	0	0	0	0
Decisioni non impugnate	4	3	4	11	11	5	10
Decisioni impugnate	2	4	2	4	2	9	5
– pendenti	0	0	0	0	0	4	3
– rigettate	0	0	1	3	1	0	1
– accolte	2	4	1	1	1	5	0
– non entrata in materia	0	0	0	0	0	0	0
– stralciate	0	0	0	0	0	0	1

5.3 Durata media dell'evasione

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
a partire dal deposito degli atti, in giorni	257	306	336	316	293	391	263
a partire dalla chiusura dello scambio di scritti, in giorni	195	237	258	274	266	334	214

¹ questo numero comprende anche le decisioni formali emanate da un singolo giudice a partire dal 2003

5.4 Dibattimenti orali e pubblici

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
indetti dal presidente	1	3	2	2	1	2	0
rinuncia delle parti	0	1	1	1	1	2	0
effettuati	1	2	1	1	0	0	0

5.5 Spese e indennizzi

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Decisioni con prelevamento spese	3	5	6	12	8	8	12
Spese, totale in fr.	3'007	12'370	11'482	18'398	16'985	18'182	27'951
Spese, media in fr.	1'002	2'473	1'914	1'533	2'123	2'273	2'329
Decisioni con indennizzo	2	3	2	10	6	6	7
Indennizzi, totale in fr.	5'500	12'465	22'000	21'800	21'000	89'500	175'300
Indennizzi, media in fr.	2'750	4'155	11'000	2'180	3'500	14'917	25'043
Impegno dei giudici in ore (preparazione) ¹	289	213	346	379	431	1'026	924
Impegno dei giudici in giorni (sedute) ¹	6	1	4	7	0	1	0

5.6 Pratiche evase, ripartite secondo l'autorità inferiore

	Anno precedente	Totale	Rigetto	Accoglimento	Irricevibilità	Stralcio	Stralcio per ritiro	Stralcio dopo riesame	Stralcio informale	Messa carico delle spese
Commissione della concorrenza (Comco)	14	15	3	4	2	0	1	0	0	5
- Cartelli	14	15	3	4	2	0	1	0	0	5

Frauenkappelen, 12 febbraio 2007

COMMISSIONI DI RICORSO
DFE + IN MATERIA DI CONCORRENZA

Il Presidente:

Urech

¹ solo giudici a tempo parziale